

**Zeitschrift:** Zürcher Taschenbuch  
**Herausgeber:** Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde  
**Band:** 115 (1995)  
  
**Rubrik:** Zürcher Chronik : vom 1. April 1993 bis 31. März 1994

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zürcher Chronik

vom 1. April 1993 bis 31. März 1994

### April 1993

3. Mit einer symbolischen «Mauerdurchstossung» wird im ehemaligen Bergwerk Käpfnach in Horgen ein 160 Meter langes Teilstück für die Besucher des Bergwerkmuseums freigegeben. Mit der Stollenbahn kann man nun über 600 Meter in den Rotwegstollen einfahren. Das neue Teilstück war vor dem Ausräumen bis an die Decke mit Schutt gefüllt. Die Kohle war hier von weit besserer Qualität als in anderen Stollen.
5. Der Kantonsrat beschliesst, die Hälfte der Zoosubventionen in der Höhe von 2,602 Millionen Franken neu nicht mehr aus Steuermitteln zu bezahlen, sondern dem Fonds für gemeinnützige Zwecke, dem Lotteriefonds, zu entnehmen. Die Stadtzürcher Hälfte wird weiterhin aus Steuermitteln bestritten. – Der Rat lehnt es im weiteren ab, die Staatskellerei kaufmännischer Überlegungen wegen zu privatisieren. Hingegen soll geprüft werden, ob mit privaten Weinkellereien zusammengearbeitet werden könne. Schliesslich bewilligt der Rat den Veranstalter der nationalen Forschungsausstellung «Heureka» von 1991 eine Nachfinanzierung an das Defizit von 1,5 Millionen Franken.
6. Verschiedene Umweltschutzorganisationen kreiden dem Zürcher Baudirektor an, er nehme den Schutz der Mooregebiete nicht wahr und erfülle damit den Auftrag der vom Schweizervolk angenommenen Rothenthurm-Initiative nicht. Vor der kantonalen Verwaltung, dem Sitz ihres «Moorvogtes», Regierungsrat Hofmann, prangen die Umweltschützer mit Folderszenen den «mittelalterlichen Stand des Landschaftschutzes» an: In unfrohes Schwarz gehüllte Mönche malträtieren buntgewandete, teilweise aufs Rad geflochtene Frauen.
10. Mehrere tausend Serben demonstrieren in der Zürcher Innenstadt für die serbische Kriegspolitik. Sie singen nationalistische Lieder, bezichtigen die Medien der «Lügenpropaganda» und fordern das Ende des internationalen Boykotts gegen ihr Land.

12. Mit einer Wanderung von Dübendorf nach Uster propagieren am heutigen Ostermontag rund 300 Personen ein Ja zu den Initiativen «Stop F/A-18» (Flugzeuge) und «40 Waffenplätze sind genug», über die im kommenden Juni abgestimmt wird. Mit Spruchbändern, Ballonen und Megaphon ausgerüstet, folgen sie der Einladung der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» und Gruppierungen aus dem links-grünen Lager.
  
13. Weshalb besteht ein Holzofen aus Kacheln, und warum heisst der Ofenbauer Hafner? – Antworten auf solche Fragen gibt derzeit eine Ausstellung im Ortsmuseum Wetzikon. Auf knappem Raum gibt sie instruktive Einblicke in die 1000jährige Geschichte von Ofenkacheln und Dachziegeln. Die ältesten geschlossenen Öfen bestanden aus Lehm. Sie erwärmten sich nur sehr langsam, speicherten die Wärme aber viele Stunden lang. Der Wirkungsgrad der Öfen wurde mit Ofenaufbauten verbessert, die mit runden und mit Napfkacheln bestückt waren. In der Ausstellung ist eine originale Napfkachel von der Burg Werdegg in Hittnau, 1444 von den Eidgenossen zerstört, zu sehen. Bereits die Römer kannten Dachziegel. Im Mittelalter tauchten sie zuerst in der Form der halbrunden Klosterziegel als Ersatz für die zwischenzeitlich gebräuchlichen Schindeln als Dachbedeckung wieder auf. Aus ihnen wurden dann die Biberschwanzziegel und erst in diesem Jahrhundert die Doppelalzziegel entwickelt. Nach dem Brand in Zürich im Jahre 1280 wurden Ziegel für obligatorisch erklärt. Praktisch jedes grössere Dorf kannte eine Ziegelei.
  
14. Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) lässt verlautbaren, dass seine Passagierzahlen 1992 gegenüber dem Vorjahr nur um 0,1 Prozent gestiegen seien. 1991 betrug die Zunahme noch 3,5 Prozent. Regional- und Ortsbusse konnten sich allerdings um rund 5 Prozent steigern, während die städtischen Verkehrsbetriebe in Zürich und in Winterthur einen leichten Rückgang hinnehmen mussten. – Rund 950 000 Passagiere transportierten die Bahnen und Busse des ZVV an einem durchschnittlichen Werktag im letzten November. Zieht man als Vergleich nicht das Vorjahr, sondern den Zeitpunkt vor Einführung des ZVV (1989) heran, so fällt die Zuwachsrate mit 12,4 Prozent oder 104 000 Passagieren markant grösser aus. Die entsprechende Wachstumsrate für den S-Bahn-Bereich der SBB beträgt sogar 27 Prozent.
  
18. Das Frühlingsfest der Stadtzürcher, das Sechseläuten, wird heute mit dem Kinderumzug eröffnet. Bei nicht gerade einladendem, aber immerhin trockenem Wetter säumen Tausende den farbenfrohen Umzug der über zweitausend Kinder durch die Innenstadt, wo die Teilnehmer ein Zvieri erwartet.
  
19. Die Presse berichtet heute, dass das Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde des Stadtrates Kloten abgewiesen hat. Dieser hatte sich gegen die Zuweisung von sieben Hektaren Land in Freihaltezone zwischen Kaserne und Frachthof zur Zone «Flughafenareal» gewehrt. – Mit einer Anfrage erkundigt sich nun ein Klotener Kantonsrat, wie der Regierungsrat die Rechtswirksamkeit der Zone definiere und welche Rechtsmittel den Gemeinden noch zustünden. Das Bundesgericht habe

doch festgestellt, dass eine Zone «Flughafenareal» nicht existiere; weder das Bundesrecht noch das kantonale Planungs- und Baugesetz sähen eine solche Zone vor.

19. Vor dem Kantonsrat legt der vor sechs Wochen neu zum Regierungsrat gewählte Dübendorfer Handelshochschulprofessor *Ernst Buschor* sein Gelübde ab. Da der Amtsantritt vom 2. August in die Sommerferien fällt und Kantonsratspräsident Jauch nur noch zwei Wochen amtiert, wollte sich dieser mit der Eidabnahme einen «kleinen Wunsch» erfüllen: Sowohl er wie auch Regierungsrat Buschor stammen je als erste in ihren Ämtern aus Dübendorf. Der neugewählte Magistrat wird von seinem Amtsvorgänger und Parteikollegen Wiederkehr, wie der Regierungsrat in einer anschliessenden vierminütigen Sitzung bestimmt, die Gesundheits- und die Fürsorgedirektion übernehmen.
19. Zürich erlebt heute ein Sechseläuten besonderer Art: Nach dem traditionellen Zug der Zünfte durch die Innenstadt brennt der Bündelhaufen mit dem Böögg etwas einseitig ab. Weil zudem die Stange durch den Holzstoss hindurch im Boden zu wenig tief verankert ist, kippt der Wattermann plötzlich um und fällt unverbrannt zu Boden. Er wird hierauf von beherzten Jungzünftern zerstückelt und so ins Feuer geworfen. Ähnliches geschah in den Jahren 1960 und 1950. 1944, als die Verbrennung der Anbauschlacht wegen nicht auf der Sechseläutenwiese, sondern in der Enge direkt am See stattfand, fiel der Böögg ins Wasser.
20. Nachdem das Schweizervolk dies nach einer gutgeheissenen eidgenössischen Abstimmung möglich gemacht hat, reicht die Betriebsgesellschaft des Kongresshauses Zürich beim Bund einen Konzessionsantrag für den Betrieb eines Spielcasinos mit hohen Einsätzen ein. – Vorläufig ist allerdings noch offen, ob tatsächlich jemals (frühestens 1997) ein solches Casino im Kongresshaus eröffnet wird, fehlen doch gegenwärtig Gesetzes- und Ausführungsbestimmungen ohnehin noch.
21. Die Apothekervereinigungen von Stadt und Kanton Zürich können ihr 100- bzw. 125-Jahr-Jubiläum feiern. Neben Festfreude haben die Apotheker aber auch Sorgen: Sie fürchten, dass Eingriffe in das Preisgefüge in Zürich zu weiteren Apothekenschliessungen führen könnten. Längerfristig streben sie die Aufhebung des Medikamentenverkaufs durch die Ärzteschaft an. Die sogenannte Selbstdispensation hat nach Ansicht der Apotheker zu einer Unterversorgung ländlicher Gebiete mit Medikamenten geführt. Diese – ein europaweites Unikum – ist in Zürich und Winterthur nicht gestattet, im übrigen Kantonsgebiet aber die Regel. Von den 213 Apotheken im Kanton Zürich entfallen über die Hälfte – 118 – auf die Stadt Zürich, weitere 20 auf Winterthur und lediglich 75 auf das sonstige Kantonsgebiet. «Weisse Flecken» und damit einen bloss behelfsmässigen Notfalldienst gibt es vor allem im Nordteil des Kantons, im Säuliamt und im Tösstal. Die Apothekervereine führen ihre Gründung auf die Französische Revolution zurück: Bis 1798, dem Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft, waren die Apotheker, wie Handwerker, in Zünften organisiert; in Basel und Zürich beispielsweise bei der «Saffran». In der Helvetik wurde die Handels- und Gewerbefreiheit eingeführt. Doch erst 1836

gründeten 7 Zürcher Apotheker eine Vereinigung, die ab 1837 Zürcherischer Apothekerverein hiess. 1851 ging diese Gruppierung in einen Pharmazeutischen Leseverein und 1868 schliesslich in den heute jubilierenden Apothekerverein des Kantons Zürich über. Hauptsächlich um Nachtdienst- und Notfallturnus gesamtstädtisch zu regeln, gründeten die Stadtzürcher Apotheker 1893 ihre Lokalvereinigung.

22. Mit dem 520-Millionen-Franken-Defizit von 1992 ist der Selbstfinanzierungsgrad des Kantons Zürich auf 6,4 Prozent gesunken. Bei Fortschreibung der jüngsten Entwicklung wäre der Kanton innert dreier Jahre «pleite», sein Eigenkapital aufgezehrt. So lautet die Ausgangslage für die Aufgabe des Regierungsrates, ein Konzept zur Sanierung der Staatsfinanzen bis 1996 zu entwerfen. So soll, unabhängig von der Teuerung, das Wachstum beim Personalaufwand auf 3 Prozent limitiert werden. Ob der Haushaltausgleich mit oder ohne Steuererhöhung angestrebt werde, steht, wie Finanzdirektor Honegger bei der Präsentation der Staatsrechnung 1992 bekanntgibt, noch nicht fest.
22. In den Ställen der ganzen Schweiz ist heute Zähltag. Wie alle fünf Jahre werden die Nutztiere gezählt, von der Biene bis zur Henne, vom Kaninchen bis zum Pferd und zu den Rindern. 1991 wurden im Kanton folgende Bestände ermittelt: 125 177 Stück Rindvieh, 55 345 Schweine, 22 603 Schafe, 2324 Ziegen, 358'641 Hühner, 19036 Bienenvölker, 5841 Pferde und 1578 Ponys, Esel und Maultiere.
23. Die Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft nimmt in ihrer Werft in Wollishofen erstmals in ihrer Geschichte eine Doppelschiffstaufe vor. Täuflinge sind die beiden neuen Limmatboote «Felix» und «Regula». Sie gesellen sich zum bereits im letzten Sommer in Dienst gestellten «Turicum». Die neuen, in Deutschland gebauten Boote, können 51 Passagiere, 10 mehr als die bisherigen, aufnehmen. Der Stückpreis beträgt rund eine Million Franken. Mit der Inbetriebnahme wird zugleich eine neue Linie vom Zürichhorn über den See nach Wollishofen aufgenommen. – Die bisherigen drei Limmatboote, «Albis», «Tödi» und «Uto», die seit 1960 zwischen dem Landesmuseum und dem Zürichhorn verkehrten, wurden nach Holland verkauft.
26. Ende letzten Jahres lebten insgesamt 1 158 664 Personen, 51,4 Prozent unter ihnen Frauen, im Kanton Zürich. Die Einwohnerzahl ging aus statistischen Gründen leicht zurück. 64 Prozent wohnten in Orten mit über 10 000 Einwohnern. Ein Jahr zuvor zählte der Kanton Zürich 1 166 039 Personen. Die Abnahme der Wohnbevölkerung ist im zivilrechtlichen Wohnsitz zu begründen; Asylsuchende werden nun nicht mehr zur kantonalen Wohnbevölkerung gezählt.
27. So hoch wie heute klettert das Thermometer im April höchst selten: 26,8 Grad werden auf dem Zürichberg, in Basel gar 27,5 Grad gemessen. Wie die Schweizerische Meteorologische Anstalt feststellt, ist es der heisseste Apriltag seit 1949 und der heisseste Tag seit dem 28. August 1992. Als Hauptgrund für die ungewohnte Hitze

wird heisse Luft aus Algerien angenommen. Diese wurde durch derzeit vorherrschenden Föhn aus Südosten getrocknet und zusätzlich erwärmt. Schliesslich trägt auch das sonnige Wetter das Seinige zu den Spitzenwerten bei. – Der Südostwind bringt aber nicht nur heisse Luft, sondern auch Wüstenstaub aus der Sahara in die Schweiz. Heftige Stürme über Nordafrika hatten die feinen Sandkörner aufgewirbelt, worauf sie in hochgelegenen Luftschichten über das Mittelmeer zu uns getragen wurden. Dadurch ergibt sich auch eine schlechte Fernsicht.

29. Die Universität Zürich begeht ihre 160. Stiftungsfeier. In seinem Jahresrückblick hält Rektor Schmid fest, die Universität schaue auf sehr gute Zeiten zurück und könne darauf stolz sein. Die Wende sei aber nicht erst heute angebrochen, die Grenzen seien schon früher spürbar geworden. Zum derzeit geltenden Stellenstopp, der Neuerungen nur noch über interne Umverteilungen möglich mache, kämen jetzt noch zusätzliche Sparmassnahmen im Umfang von etwa 100 Millionen Franken in den nächsten drei Jahren. Die Konsequenzen könnten sich in Form von Leistungs- und Angebotsabbau, schlechterer Ausbildungsqualität oder über den Numerus clausus in gezielter Reduktion von Studierenden auswirken.
  
29. Die Schweizerische Bankgesellschaft, ihres Zeichens grösste Schweizer Bank, hält im Zürcher Hallenstadion ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die 4430 Teilnehmer repräsentieren 52 Prozent des Aktienkapitals. Verwaltungsratspräsident Senn empfiehlt den Aktionären, beim Traktandum Vorstandswahlen Nationalrat Blocher abzuwählen; dies nicht wegen des Engagements in der EWR-Abstimmung vom vergangenen Dezember, sondern wegen der Verbindung zur BZ-Bank und seines politischen Stils; eine weitere Zusammenarbeit im Verwaltungsrat sei verunmöglicht. – In einer vom Verwaltungsratspräsidenten verlesenen Stellungnahme distanziert sich der Angegriffene vom Vorwurf insiderischer Verbindungen und wendet sich gegen politische Bevormundung. Nach einer emotionsgeladenen Diskussion ergibt die Abstimmung 25 Prozent der vertretenen Aktien für eine Wieder- und 75 Prozent für eine Abwahl.
  
30. Bei einer Medienkonferenz, verbunden mit einem Waldrundgang, orientieren Volkswirtschaftsdirektorin Lang, Oberforstmeister Schmid und verschiedene Fachreferenten über die Hintergründe der während Jahren erarbeiteten Standorterfassung. Praktiker, die Bäume nicht nur als Papier erleben, betonen den grossen Wert dieser durchaus alltagstauglichen Forschungsarbeit. Ob der Kredit für ein solches Unternehmen (rund 2,5 Millionen Franken) heute noch gesprochen würde, bleibe offen. Auf den rund 50 000 Hektaren Wald (rund 28 Prozent der Kantonsfläche) sollen schätzungsweise fünf Millionen Bäume stehen, welche nicht einzeln, sondern als Waldgesellschaft erfasst worden seien. In drei Teilen wird über die Grundlagen der Standortkunde (Pflanzen- und Klimakunde, Geologie, Bodenzusammensetzung), über die verschiedenen Waldgesellschaften des Kantons und die Anwendungsmöglichkeiten der Standortkarten orientiert. Ein vierter Teil liefert statistische Ergebnisse und Übersichten.

## Mai 1993

1. Unter dem Motto «Gegen Nationalismus und Krieg – für Arbeit und Frieden» beteiligen sich in Zürich rund 4000 Leute an der 1.-Mai-Kundgebung. Sie steht unter einem schlechten Stern: Verärgert über das Vorpreschen türkischer Gruppierungen an die Umzugsspitze, ändern die Gewerkschaften während des Marsches die Umzugsroute, wodurch sie früher als jene auf dem Helvetiaplatz anlangen. Bevor *Nationalrat Rechsteiner* aus St. Gallen das Wort ergreifen kann, kommt es zu einer Keilerei, worauf mit dem Abbruch der Veranstaltung gedroht wird. Die Arbeitslosen – so der Hauptredner – seien heute einer Massenbewegung ähnlich, bald doppelt so stark wie die Bauern, trotzdem aber keine politische Kraft. Der vorläufige Sieg des Kapitalismus im Jahre 1989 habe diesen weder besser noch akzeptabler gemacht. Der Kapitalismus möge zwar betriebswirtschaftlich effizient sein, sei aber unfähig, die soziale und ökologische Frage zu lösen. An der Fähigkeit, die soziale Frage wieder zu politisieren, entscheide sich, ob unsere Gesellschaft in den 90er Jahren zu einer «Angst- und Hassgesellschaft» werde. Um dies zu verhindern, brauche es eine Linke, die über nationale Grenzen hinaus denke, eine europäische Linke, die «dem real existierenden Kapitalismus die soziale Gegenmacht» entgegensetze.
3. Turnusgemäss wird an der heutigen Sitzung des Kantonsrates die derzeit amtierende erste Vizepräsidentin, die Wildbiologin *Marlies Voser-Huber* aus Männedorf, von der Sozialdemokratischen Partei als insgesamt dritte Frau in der Geschichte des Kantons Zürich auf den Präsidentenstuhl gehievt. Sie ersetzt dort den Kaufmann *Fritz Jauch* aus Dübendorf von der Evangelischen Volkspartei. Neuer erster Vizepräsident wird Peter Lauffer aus Zürich von der Freisinnig-Demokratischen Partei und zweiter Vizepräsident Markus Kägi aus Niederglatt von der Schweizerischen Volkspartei.
4. An der Universität Zürich findet eine Preisverleihung besonderer Art statt: Der amerikanische Zauberer *James Randi* erhält den mit 10 000 Franken dotierten Preis der neugegründeten Betty-und-David-Koetser-Stiftung für Hirnforschung. Damit sollen Randis Aufklärungsarbeit über Betrug in den Wissenschaften und die Aufdeckung falscher Behauptungen in der alternativen Medizin gewürdigt werden.
5. Das Bundesgericht entscheidet gegen den Zürcher Stadtrat, der generell alle vor 1945 entstandenen Gebäude der Altstadt sowie dazugehörige Quartier-, Strassen- und Platzbilder unter Schutz gestellt hatte, und erklärt eine entsprechende, in den letzten anderthalb Jahren bereits angewandte Verordnung für ungültig. Die Bundesrichter schützen mit ihrem Urteil einen Entscheid des Verwaltungsgerichts. Bereits dieses hatte dem Stadtrat die Kompetenz, eine Altstadt-Schutzverordnung zu erlassen, abgesprochen. So allgemeine Erlasse hätten Gesetzescharakter, dafür sei das Parlament, nicht die Exekutive, zuständig.

6. Zum 75jährigen Jubiläum der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ), einer öffentlichrechtlichen Körperschaft des Bundes mit über 20 Büros in 12 Ländern, spricht in Zürich Bundesrat Delamuraz. Die Förderung von Tourismus und touristischer Landeswerbung sei eine der sichersten Investitionen. Bei der Rückeroberung alter und der Gewinnung neuer touristischer Märkte komme der SVZ eine zentrale Bedeutung zu. Sie müsse weiterhin als «Leuchtturm in helvetischen Klippen» stehen und anreisenden Gästen zeigen, wo beste Standorte lägen und die originellsten Produkte angeboten würden. Die SVZ könne allerdings nur erfolgreich sein, wenn diese Standorte und Produkte hielten, was sie versprechen. In der Schweiz seien als «touristischer Grossmacht» rund 300 000 Arbeitsplätze vom Tourismus abhängig. Bei einer Liberalisierung des Arbeitsmarktes sei ein zusätzliches Beschäftigungspotential von 50 000 Stellen denkbar.
  
7. Der Verwaltungsrat der «DAZ», des ehemaligen «Volksrechts», beschliesst, die «unabhängig-sozial-ökologisch ausgerichtete» Zeitung «DAZ» weiterhin herauszugeben. Der Verwaltungsrat musste vor einem Monat angesichts aufgelaufener Schulden die Notbremse ziehen. Mit ihrer «Aktion Durchstart» brachte die «DAZ» innert vier Wochen 337 000 Franken zusammen. Da täglich Tausende von Franken einträfen, seien die angestrebten 400 000 Franken realisierbar. – Erklärtes Ziel sei es zudem, die Abonnentenzahl auf 10 000 zu steigern.
  
8. Mit einem dreitägigen Volksfest auf dem Münsterhof wird in Zürich der ersten Eingemeindungsrunde von 1893 gedacht. Durch die Vereinigung mit elf Vorortsgemeinden wuchs damals die Stadt Zürich von 28 000 auf 100 000 Einwohner an. – Die Behördenvertreter, der sogenannte Verfassungsrat, feierten damals die Eingemeindung auf dem Üetliberg, die Bevölkerung separat in einigen ihrer Vororte. – Heute, so Stadtpräsident Estermann, feiere man gemeinsam, sei doch Zürich immer offen und tolerant gewesen. Hierin sehe er auch einen Grund für das bisherige Wohlergehen dieser Stadt. Von ihrer Vitalität und geistigen Beweglichkeit hänge es aber jetzt ab, wie sie neue Bevölkerungsschichten mit teilweise fremden Kulturen integrieren könne.
  
10. Mit 94 zu 65 Stimmen schafft der Kantonsrat ab 1994 Zugsbegleitungen der Schnellbahn ab und ersetzt sie durch unregelmässige Zweierpatrouillen. Die Personalkosten könnten dadurch um die Hälfte gesenkt werden. Sporadische Sicherheitspatrouillen würden die Personensicherheit hingegen markant steigern. – Sozialdemokraten und Grüne hatten vor diesem Schritt gewarnt; sie befürchteten, die Sparübung könnte sich als Bumerang erweisen, wenn künftig aus Sicherheitsgründen immer weniger Leute die S-Bahn benützten.
  
13. Kurz vor seinem 91. Geburtstag stirbt der besonders mit der Stadt Zürich verbundene Schriftsteller und Journalist *Curt Riess*. Der Verstorbene veröffentlichte über 100 Bücher, so eine Biografie über Josef Goebbels, und Publikationen über Wilhelm Furtwängler und Gustav Gründgens. Zudem verfasste er unter dem Titel «Sein oder

- Nichtsein» ein Standardwerk über das Zürcher Schauspielhaus und schrieb über das legendäre Café Odeon und das Opernhaus.
- 15./16. In Zürich feiert man das 100jährige Bestehen der im Zentrum gelegenen bedeutendsten römisch-katholischen, im Stile einer frühchristlichen Basilika erbauten Liebfrauenkirche. Die «Mutterkirche rechts der Limmat» respektive ihre Pfarrei, welche 1893 zur Zeit der Eingemeindung aus der Teilung der einzigen und seit der Reformation ersten katholischen Pfarrei in Zürich, der seit 1874 bestehenden Kirche St. Peter und Paul in Aussersihl hervorgegangen war, engagierte sich im Diasporakatholizismus und dessen Sozialbewegung an vorderster Front. Obwohl die Zahl ihrer Kirchengenossen während der letzten 30 Jahre um die Hälfte schrumpfte, sind die Gottesdienste wohl namentlich der Zentrumsfunktion wegen bestens besucht.  
– Während die Festansprache an der Universität durch den Dresdener Bischof Reinelt gehalten wird, ist dies am sonntäglichen Festgottesdienst der päpstliche Nuntius in Bern, Erzbischof Rauber.
13. Die Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde Hausen am Albis erlebt einen Grossaufmarsch wie selten je zuvor: Hunderte interessieren sich für das Schicksal des am Dorfrande geplanten exklusiven «Palazzo-Clubs». Geplant sind dort auf einem 7200 Quadratmeter grossen Gelände zwei Loire-Schlössern nachempfundene Gebäude und eine Grosssporthalle um einen Innenhof. Im weiteren sollten Tennisplätze, Schiessanlagen für diverse Waffen, Eissportanlagen, Bäder, Krafträume und ein Reitstall erstellt werden. 300 Clubmitglieder hätten bei einer Eintrittsgebühr von 45 000 Franken 15 000 Franken Jahresgebühr entrichten sollen.  
– 250 Stimmbürger verhindern mit ihrem Nein nun den 20-Millionen-Bau und verlangen eine Planungsrevision für die einzige Gewerbezone des Dorfes.
15. In der Zürcher Innenstadt versammeln sich 200 Velofahrer unter dem Motto «Zunehmende Aggression der Autofahrer». – Der 70jährige Zürcher Künstler Mario Comensoli, nach eigenen Aussagen quasi «auf dem Velo geboren» und es täglich benützend, malt – es sollte sein letzter Auftritt werden – «en route» ein Bild, «welches das Gefühl, sich als Radler in einer ungeduldigen Blechlawine bewegen zu müssen, voll zum Ausdruck bringen sollte».
17. Der Kantonsrat bewilligt – eine Woche vor Inkrafttreten – mit 124 Ja zu 10 Nein einen Rahmenkredit von 691,5 Millionen Franken für die Fahrplanperiode 1993/95 des Zürcher Verkehrsverbundes. Mit dem Rahmenkredit werden die Betriebsdefizite abgedeckt. Die Hälfte bringt der Kanton selber auf, die andere Hälfte zahlen die Gemeinden. Die Defizite zeigen steigende Tendenz: Waren es 1990/91 für eine einjährige Periode 250 Millionen Franken, so waren es für die vorangehende zweijährige Periode 1991/93 bereits 620 Millionen Franken. – Indem er zwei jahrealte Postulate «zur Förderung von Park-and-ride-Anlagen» einstimmig abschreibt, «verabschiedet» sich der Rat im weiteren von diesem Konzept: Mit der Einführung der Schnellbahn sollten die damals realisierten 1700 Autoparkplätze an Bahnstationen

auf 9000 und die Veloabstellplätze von 9930 auf 19 440 vermehrt werden, was nach den bisherigen Erfahrungen anscheinend keinem Bedürfnis (mehr) entspricht.

17. Auf der Forch stirbt alt Staatsanwalt *Bruno Trinkler*, der weltweit erste «Tieranwalt» (vom Regierungsrat auf Vorschlag der Tierschutzverbände gewählter Rechtsanwalt in Tierschutz-Strafsachen), 68jährig. – Der verstorbene Amtsinhaber wurde von Gesetzes wegen seit Frühling 1992 mit allen Einstellungsverfügungen und Urteilen in Tierschutz-Strafsachen dokumentiert. Er hatte die Kompetenz, diese auf Staatskosten anzufechten. Als Grundlagen seiner Motivation bezeichnete der Verstorbene Werte der Mitgeschöpflichkeit, wie sie bei Schopenhauer oder in christlichen oder vorchristlichen Geboten zum Ausdruck kämen.
19. Heute sind es 50 Jahre her, seit die reformierte Kirche von Thalwil niederbrannte. Nur der Turm und die Mauern des 1 200 Personen Platz bietenden Schiffes blieben damals stehen. Der Dachstuhl und die Decke hingegen stürzten ein, und die Glocken wurden zerstört. – Brandursache waren Spenglerarbeiten, welche nur kurze Zeit vor der 100-Jahr-Feier an der Turmverkleidung vorgenommen worden waren. 150 Feuerwehrleute konnten trotz dreistündiger Wehr Schutt und Asche nicht vermeiden. Der Kirche war für 750 000 Franken versichert, der Schaden belief sich hingegen auf eine Million Franken. Der Wiederaufbau war 1946 beendet. – Bereits 1443 hatten Innerschweizer während des Alten Zürichkrieges die damalige Kapelle niedergebrannt. Die später dort errichtete Kirche wurde oft vom Sturm beschädigt, und in den Jahren 1730, 1798 und 1808 schlug der Blitz ein.
20. Der Auffahrtstag steht in Zürich traditionsgemäss im Zeichen der Heilsarmee, verbunden mit einem Kongress und einem Umzug. An diesem beteiligen sich unter dem Motto «Mit Jesus unterwegs von der Wiege bis zur Bahre» rund 1000 in 22 Heilsarmeekorps und 10 Musikkorps in der ganzen Deutschschweiz organisierte uniformierte «Salutisten». Sinn des Festes der Heilsarmee ist es, sich erneut auf den salutistischen Auftrag zu besinnen, der da lautet: Verkündigung der frohen Botschaft von Jesus Christus und Hilfe für Menschen in Notsituationen.
20. Ein Windstoss zerreisst an einzelnen Stellen bereits zum zweitenmal das vor einigen Tagen im Rahmen der Zürcher Juni-Festwochen auf der ganzen Länge der Bahnhofstrasse montierte farbenfrohe japanische Sonnensegel. Die Verkehrsbetriebe sehen sich gezwungen, den Strom abzustellen, bis das bereits für das Guinness-Buch der Rekorde angemeldete längste Sonnendach der Welt wieder zusammengeräumt ist. Das Tuch mass rund 1,2 Kilometer und kostete mehrere hunderttausend Franken.
24. Die Informatik der kantonalen Verwaltung wird – einem abgelehnten Postulat des Kantonsrates entsprechend – nicht dem Berner Muster entsprechend privatisiert und fürs erste auch nicht als verselbständigtes Profitcenter etabliert. Der Postulant hatte sich mit seinem Vorstoss nicht nur eine verbesserte Kostentransparenz und eine Produktivitätssteigerung versprochen, sondern auch die Akquisition von Auf-

trägen ausserhalb der öffentlichen Verwaltung ermöglichen und so dem Kanton «dringend erwünschte zusätzliche Mittel» einbringen wollen.

25. Die Stadt Zürich muss gemäss Bundesgerichtsentscheid das seit Jahren bekämpfte Bauprojekt «Utopark» im Quartier Wiedikon bewilligen, womit eine diesbezügliche staatsrechtliche Beschwerde abgewiesen ist. Es handelt sich dabei um eine grossflächige Industrie- und Gewerbeüberbauung, welche sich nach Ansicht der Zürcher Behörden «nicht befriedigend in die bauliche und landschaftliche Umgebung» eingefügt hätte. Das Bundesgericht bemerkt nun hiezu, die Stadt Zürich habe ihre Beschwerde in vielen Punkten nicht genügend begründet und den angefochtenen Entscheid des Verwaltungsgerichts anscheinend nicht genau gelesen.
27. Nach Turbulenzen um Spenden- und Spesenhandhabung durch den Chefarzt wechselt der Verein der Orthopädischen Universitätsklinik Balgrist seinen gesamten Vorstand aus. Da die Spesendivergenzen «auf kulante Weise» geregelt worden seien und Klarheit darüber herrsche, dass das Geld sinngemäss eingesetzt worden sei, erklärt Gesundheitsdirektor Wiederkehr, die Strafanzeige gegen den gekündigten Chefarzt zurückzuziehen. Auch «für die Herren Chefarzte gebe es Grenzen»; zudem spielten wirtschaftliche Kriterien sowie Allgemeininteresse auch eine Rolle.
28. Beim Grossbrand in einer Dietiker Fabrikationshalle gelingt es Feuerwehrleuten aus vier Ortschaften, eine Katastrophe zu verhindern. Es bleibt unklar, ob ein Blitzschlag das Feuer verursacht hat. Bewohner aus zwei Wohnblöcken müssen vorübergehend evakuiert werden. Da die abgebrannte Fabrikationshalle nächstens abgebrochen worden wäre, schätzt man die Schadenhöhe «lediglich» auf etwas mehr als eine Million Franken.
30. In der Klosterkirche Einsiedeln werden zwei neue Weihbischöfe des Bistums Chur, dem auch der Kanton Zürich angehört, feierlich in ihr Amt eingesetzt. Der in Zürich aufgewachsene Jesuit *Peter Henrici* wird seinen Wohn- und Amtssitz in Zürich nehmen. Die Ernennungsurkunde des Papstes enthält die Hoffnung, «dass die Wiederherstellung der vollen kirchlichen Gemeinschaft gefördert» und «den vorhandenen Schwierigkeiten in adäquater Weise» begegnet werde. – Die seinerzeitige Einsetzung des Churer Bischofs Haas hatte im ganzen Bistum zu verschiedenen Querelen geführt.

## **Juni 1993**

1. Das zürcherische Reusstal ist nun mit einer kantonalen Verordnung geschützt. Damit ist Zürich der erste Kanton, der eine ganze zusammenhängende Moorlandschaft definitiv unter Schutz stellt. Die nach Zonen gestuften Schutzgebiete an der Reuss und an der Lorze liegen in den Gemeinden Ottenbach, Obfelden und Malschwenden. Sie umfassen eine nahezu geschlossene Fläche von rund drei Quadratkilometern.

lometern. Derzeit sind allerdings noch Einsprachen hängig, welche dazu führen könnten, dass der Reusstalschutz da und dort zurückgenommen werden müsste.

2. Der als zeitkritischer Maler geltende Zürcher Künstler *Mario Comensoli* wird in seinem Atelier tot aufgefunden. Er starb 71jährig an einem Herzschlag. Der Verstorbene setzte in den fünfziger Jahren den bei uns gesellschaftlich isolierten italienischen Fremdarbeitern mit seinen Bildern ein Denkmal, was grosses Aufsehen erregte. Comensoli stellte aber auch den Stadtmenschen im Alltagsstress dar, schilderte das Aufbegehren der 68er Jugend als Strassenfestival, als Ausdruck überschäumender Vitalität. Obwohl der Maler sich ausserhalb der «offiziellen Kunstszene» entfaltete und seine Werke mit Vorliebe im Zentrum des modernen Lebens zeigte, so am Autosalon in Genf oder in einem Shopping-Center, öffnete sich ihm 1989 das Kunsthaus Zürich für eine Einzelausstellung.
3. In den kommenden Jahren sollen im Kanton Zürich rund 1200 Festungsanlagen aus den Kriegsjahren liquidiert werden. Vereinzelt Anlagen bleiben erhalten, unter anderem, wenn sie als Biotope oder kultureller Überlegungen wegen schützenswert sind. Das Mitspracherecht des Kantons ist sehr beschränkt, wie aus der vom Regierungsrat publizierten Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hervorgeht. – Die alten Festungsanlagen werden im Rahmen der Festungskonzeption 2010 des Eidgenössischen Militärdepartementes aufgehoben. Sie finden sich im Kanton Zürich beispielsweise im Raum Eglisau-Weiach. Das Schleifen soll durch Genietruppen erfolgen.
4. Der Gemeinderat Richterswil beschliesst, das bald hundertjährige Gemeindespital nun doch nicht an den Bauverein Paracelsus-Klinik zu verkaufen, da die geforderte «umfassende Erfüllungsgarantie» ausstehend sei. Dessen ungeachtet entscheiden sich die Stimmberechtigten von Richterswil in einigen Monaten anders und geben ihr Spital dem Paracelsus-Verein frei. Dieser versucht im Kanton Zürich seit 14 Jahren eine auf anthroposophischer Grundlage geführte Klinik zu verwirklichen, was auch in Hombrechtikon noch hängig ist.
4. Obwohl die diesjährigen Zürcher Juni-Festwochen bereits im Gang sind, werden sie nun nachträglich noch offiziell eröffnet. Sie sind dieses Jahr dem Kaiserreich Japan gewidmet. Vor dem Eröffnungskonzert in der Tonhalle halten Stadtpräsident Estermann und der japanische Botschafter in der Schweiz spiegelbildlich Rückschau. Der Stadtpräsident resümiert, «was uns Japan heute bedeutet». Die blinden Flecken nämlich, die unser Verhältnis zu Japan beeinträchtigten, hätten mit der Geschichte der westlichen Erschliessung dieses Landes zu tun, bei der es in einer ersten Phase um vermutete Schätze, in einer zweiten, der modernen, um die Absatzmärkte gegangen sei. «Kultureller Austausch dagegen» habe nicht in ihrer Absicht gelegen. – Der japanische Botschafter weist darauf hin, dass auch «in früherer Zeit» trotz primitiven Verkehrsmitteln ein enger Kontakt mit anderen Kulturen gepflegt worden sei. Heute besäßen die Menschen hochentwickelte technische Mittel, um diese Distanzen zu meistern. Die kulturelle Nähe werde vernachlässigt. Die Menschen

grenzten sich immer mehr ab. Fremdenhass und Chauvinismus griffen um sich. So halte er es mit Konfuzius: «Die Tugend ist nicht allein, sie hat immer Nachbarschaft.» – Während der Reden verteilen maskierte Figuren Flugblätter zu Japans Umweltsünden sowie ein Communiqué, worin sie sich gegen das ihrer Meinung nach unausgewogene Festivalprogramm wenden.

5. Unter dem Motto «Investieren – ins Velo!» wird in Zürich der 14. Nationale Velotag begangen. Die Grüne Partei benützt die Gelegenheit, um ihre Volksinitiative für zwölf autofreie Plätze in Zürich zu lancieren.
6. Der Zürcher Souverän ist aufgerufen, über vier kantonale Vorlagen zu befinden: Ein neues Datenschutzgesetz passiert mit 293 955 Ja zu 92 692 Nein. Mit diesem Gesetz wird der Umgang mit Daten durch Amtsstellen geregelt, wobei der Datenschutz im Bund und bei Privaten Bundessache bleibt. Jede Person erhält grundsätzlich das Recht zu erfahren, wer welche Informationen über sie bearbeitet. Ein Datenschutzbeauftragter dient als Anlaufstelle und Aufsichtsorgan. Verschiedene Anpassungen im Beamtenversicherungsgesetz für das Staatspersonal werden mit 269 861 Ja zu 92 391 Nein angenommen. Abgelehnt werden mit 220 984 Nein zu 165 476 Ja Ergänzungen zum Wohnhaltungsgesetz, dem sich nur die Stadt Zürich unterstellt hat. Es handelt sich bei dieser Vorlage um eine Behördeninitiative des Stadtzürcher Gemeinderates. Im Vordergrund steht die Einführung eines Enteignungsrechts für Wohnungen, die während längerer Zeit leerstehen. Auf dem Areal der Kehrrichtverbrennungsanlage Hagenholz in Zürich wird (301 279 Ja zu 96 739 Nein) eine neue Sonderabfallsammelstelle entstehen. Von Kanton und Stadt sind hierfür je 23,5 Millionen Franken gefordert.
7. Was in Bund und Gemeinden verboten ist, soll im Kanton weiterhin erlaubt sein: Staatsbeamte und -angestellte (ausser in Spitzenpositionen) sollen weiterhin dem Parlament angehören dürfen. Eine strenge Unvereinbarkeitsregelung hat im Kantonsrat mit 90 zu 29 Stimmen keine Chance.
7. Wädenswil wird gemäss Parlamentsbeschluss als erste Schweizer Gemeinde die Gemeindeordnung weiblich abfassen. In einer Präambel soll stehen, dass Männer immer mitgemeint sind, wenn beispielsweise von der Friedhofgärtnerin, der Gemeindegammännin, der Stadtweibelin oder der Buschaffeuse die Rede ist. – Die Vorlage wird allerdings in einer späteren Volksabstimmung verworfen.
- 7./8. Die Kantonspolizei entdeckt in Aathal eine Cannabisplantage. Über 900 Pflanzen stehen Topf an Topf in einer verdunkelten Fabrikhalle und wachsen unter Kunstlicht heran. Eine Person wird festgenommen und die Halle versiegelt. – Am nächsten Morgen findet die Polizei allerdings eine aufgebrochene Türe vor; die unbekanntenen «Haschischfarmer» sind zuvorgekommen und haben die gesamte Ernte abtransportiert.

9. Die Eidgenössische Volkszählung von 1990 zeigt für den Kanton Zürich bedenkenswerte Tendenzen auf: Durchschnittszürcher werden immer älter, sind geschieden oder ledig, kinderlos und meiden die Stadt. Die Kantonsbevölkerung wuchs seit der Volkszählung von 1980 um 5 Prozent auf 1 179 044 Einwohner an. Die Agglomeration Zürich breitete sich immer weiter aus, und der Anteil der Betagten nahm in dem Masse zu, wie der Prozentsatz der Jugendlichen abnahm. Die Zahl der Geschiedenen erreichte eine Rekordhöhe: 25 941 Männer und 39 639 Frauen. Der Ausländeranteil kletterte wieder auf die Höhe von 1970 und stand 1990 bei 19,6 Prozent. Kleinste Gemeinde war Volken mit 213 Einwohnern. In Zürich lebten 31 Prozent der Bevölkerung. Als «jüngster» Bezirk wird Affoltern ermittelt (Anteil von 26,5 Prozent der unter Zwanzigjährigen), als «heiratslustigster» Dietikon (49,8 Prozent der Bevölkerung).
10. In Thalwil erscheinen nicht weniger als 1200 Stimmberechtigte zu einer Gemeindeversammlung. Debattiert wird über den Zentrumsverkehr. Nach vier Stunden Dauer wird in der Kirche allerdings nur eines von sieben Traktanden, das umstrittene Verkehrskonzept für das Zentrum, behandelt. Definitiver Entscheid wird keiner gefällt, sondern alle drei Teilprojekte werden an die Urnenabstimmung verwiesen. Da nicht alle erschienenen Stimmberechtigten einen Sitzplatz ergattern konnten, verfällt der Gemeindepräsident auf die Idee eines «Schichtwechsels»: Alle ohne Sitzplatz müssen die Kirche verlassen. Danach wird das Stimmenverhältnis unter den Zurückgebliebenen ermittelt, indem die der Vorlage Zustimmenden durch das Hauptportal ziehen, die Ablehnenden durch den Nebenausgang. Anschliessend wiederholt sich das Ganze für die zweite «Schicht».
11. Als Höhepunkt der bisherigen Veranstaltungen im Rahmen des evangelikalen Missionsfeldzuges «Jesus für Züri» entpuppt sich der Auftritt des amerikanischen Predigers und einstigen Verbrechers Nicky Cruz. Unter dem Titel «Das Kreuz und die Messerhelden» hält er eine flammende Rede für Jesus und zieht im Hallenstadion mehrere tausend Gottesfürchtige in seinen Bann.
12. Gegen 20 000 Menschen benützen die Gelegenheit, aus Anlass des neuen Bahndienst- und Verwaltungszentrums der Zürcher Verkehrsbetriebe (VBZ), einen (umfassenden) Blick hinter die Kulissen der «Züri-Linie» zu werfen. So erfahren die Besucher beispielsweise, dass die VBZ jährlich 30 000 Kilo Fett benötigen, um Tramschienen zu schmieren. – Das neue Zentrum in Altstetten steht auf geschichtlich interessantem Grund. Früher hiess die Gegend Galgenhügel. Obwohl bei einem Hochwasserspiegel von 406,5 Metern die Baugrube bis 401 Meter Tiefe reichte (was eine Auftriebssicherung mit Zugpfählen bedingte), wurde kein einziger Knochen gefunden. Das neue Gebäude kostete 42 Millionen Franken und weist eine Bruttogeschossfläche von 16 364 Quadratmetern auf.
14. Mitglieder des Kantonsparlamentes müssen auch künftig nicht in den Ausstand treten, wenn sie an einem Geschäft ein materielles Interesse haben. Der Kantonsrat kippt einen entsprechenden Passus aus dem Wahlgesetz. Bei der laufenden Revision

dieses Gesetzes war es ursprünglich auch nicht vorgesehen, einen entsprechenden Passus aufzunehmen. Erst als die Regierung vorschlug, mit einer strikten Unvereinbarkeitsregel Staatsbedienstete generell vom Parlament fernzuhalten, wurde eine Ausstandsregel ins Spiel gebracht – als Kompromiss und mehrheitsfähige Alternative zur (bereits vom Parlament abgeschwächten) Unvereinbarkeitsforderung.

15. Die Synode der Evangelisch-reformierten Landeskirche reagiert mehrheitlich ungehalten über eine Erklärung ihrer evangelisch-kirchlichen Fraktion. Diese hat dagegen protestiert, dass das Grossmünster Schwulen und Lesben für eine Gottesdienstfeier überlassen worden war. In ihrer Äusserung findet die jüngste Fraktion, das biblische und reformatorische Erbe sei mit dieser Bewilligung verraten worden. Das Grossmünster sei gemeinsames Symbol für die Zürcher Reformation. Es sei beschämend, wenn diese Kirche im Namen der Toleranz solchen Kreisen zugänglich werde, wende sich doch Gottes Wort klar gegen männliche und weibliche Homosexualität. – Demgegenüber erklärt der Präsident des Synodalvereins, im Zentrum christlichen Glaubens stehen die Hoffnung und die Liebe, die keinen Menschen ausgrenze.
16. Die Baudirektion und Branchenverbände der Bauwirtschaft stellen neue Richtlinien für einen wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Güterkreislauf vor. Dies angesichts rarer werdender Deponien und Kiesvorräte. Dadurch gewinnen fachgerechte Entsorgung und Wiederverwertung auch im Baugewerbe einen immer grösseren Stellenwert. Abfalltrennung bereits auf der Baustelle, lautet die Zukunftsstrategie. Was früher selbstverständlich gewesen sei, müsse heute wieder neu erfunden und geregelt werden: die sinnvolle Wiederverwendung von Baustoffen aus Abbruchobjekten. Unsere Vorfahren hätten bearbeitete Natursteine ehemaliger Wehranlagen für Häuser und Kirchen gebraucht. In den letzten Jahrzehnten seien Bauabfälle in wilden Ablagerungen gelandet oder einfach verscharrt worden. So müssten nun diese Altlasten mit grossem technischem und finanziellem Aufwand saniert werden. – Pro Einwohner unseres Landes fällt jährlich eine Tonne Bauschutt und eine halbe Tonne Bausperrgut an. Für den Kanton Zürich sind dies 1,5 Millionen Tonnen. 60 Prozent des Bauschutts wären wiederverwertbar. Gleichzeitig werden im Kanton jährlich 8 Millionen Tonnen Kies abgebaut. Somit werden heute weniger als 10 Prozent des Kiesbedarfs durch Bauschutt ersetzt. Von den 500 000 Tonnen Bausperrgut im Kanton sind 120 000 Tonnen Altholz oder andere brennbare Materialien, 14 000 Tonnen Metalle und 340 000 Tonnen mineralische Bestandteile, die in einer Deponie zu lagern sind.
17. Der ehemalige sowjetische Staats- und Parteichef *Gorbatschow* weilt zusammen mit seiner Frau zu einem fünftägigen Besuch in der Schweiz. Zum Auftakt ihres Besuchs fahren die Gäste nach Winterthur, wo sie am Sitz der gleichnamigen Versicherungsgesellschaft empfangen werden. Dort umreisst Gorbatschow vor 150 Geladenen die heutige Situation in den Nachfolgestaaten der einstigen Sowjetunion.

18. Das Bundesgericht heisst einstimmig die staatsrechtliche Beschwerde eines muslimischen Vaters gut, der aus religiösen Gründen forderte, seine Tochter vom Schwimmunterricht zu dispensieren. Der Islam verbiete das Schwimmen von Frauen und Männern im selben Schwimmbecken. Eine weitere Regel verlange, dass sich Frauen vor dem anderen Geschlecht nicht entblößen dürften. Andererseits würde eine Bekleidung bis über die Knie seine Tochter beim Schwimmen zum Gespött machen. – Die Gemeindeschulpflege hatte diese Argumente abgelehnt, ebenso der Erziehungs- und schliesslich auch der Regierungsrat.
18. Nach menschlichem Ermessen sollte die Glatt nie mehr über die Ufer treten und Land und Dörfer verheeren können. Dies wird die wichtigste Folge der Glattkorrektur sein, deren Abschluss in Hochfelden gefeiert wird. Sie hat statt höchstens 10 insgesamt 20 Jahre gedauert, aber statt 41,1 am Ende nur 39,2 Millionen Franken gekostet. Das Flussbett wurde auf 14 Kilometer Länge abgesenkt, befestigt, in Hochfelden aus dem Dorf zum Waldrand verlegt und fasst nun das Eineinhalbfache der früheren Abflussmenge. Neue Naturschutzgebiete, Wege und Erholungsanlagen säumen den alten und den neuen Lauf. – Als natürlicher Fluss bildete die Glatt während Jahrhunderten eine grossartige Landschaft. Für die Menschen, die an ihr siedelten und Land kultivierten, war die Glatt freilich gar nicht «glatt». Regelmässig kam die grosse Flut, brach der mühsam eingedämmte, windungsreiche Fluss aus seinem Bett und hinterliess nichts als Trümmer. Immer aufs neue wurde verbaut. Und dann kam 1968 wieder das grosse Wasser, worauf das Land von Niederglatt bis Glattfelden wie nach einer Sintflut aussah. – Danach hatten alle genug davon!
- 19./20. Rund 7000 Pfadfinder aus der ganzen Schweiz finden sich in Uster zum 15. «Pfadi-Folk-Fest» zusammen. Nachdem 40 Amateurformationen an verschiedenen Orten im Ustermer Zentrum aufgetreten sind, erfreuen sich die Teilnehmer und Hunderte von Zaungästen am Konzert einer nationalen Grösse der Rockmusik. Genächtigt wird in 800 Zelten.
20. Mit einem festlichen Gottesdienst feiert die römisch-katholische Pfarrei Herz Jesu in Zürich-Oerlikon ihr hundertjähriges Bestehen. Bei dieser Gelegenheit stellt Bischof Henrici, in der ersten öffentlichen Amtshandlung eines Weihbischofs im Kanton Zürich, das Herz über alle Strukturen. Strukturen hätten wir genug, wir bräuchten mehr Herz.
21. Die römisch-katholischen Seelsorger im Kanton Zürich beschliessen an einer Versammlung, den vor drei Jahren gegen den damaligen Generalvikar verhängten Boykott aufzuheben. Sie wollen der Zentralkommission, der Vorsteherschaft im Kanton Zürich, beantragen, Weihbischof Henrici als Generalvikar zu besolden und ihm Büroräume zur Verfügung zu stellen. – Der Gewählte ist vom Churer Bischof allerdings für das ganze Bistum zum Generalvikar ernannt worden.
22. Ein paar hundert Studierende wehren sich an einer Versammlung im Lichthof der Universität Zürich gegen die geplante Verdoppelung des Semestergeldes von 300

auf 600 Franken. In einer Resolution fordern sie den Regierungsrat auf, diese Form von Einnahmenerhöhung abzulehnen. Diese neuerliche Belastung sei unzumutbar, zumal die Krankenkassenprämien für Studenten im vergangenen Jahr massiv erhöht und die Stipendien um zehn Prozent gekürzt worden seien.

25. Zum drittenmal innerhalb der letzten zehn Jahre lädt das Universitätsspital zur Einweihung von neuen und sanierten Bauten ein: Der Nordtrakt II mit Augen-, Ohren-, Nasen-, Halsklinik und Gesichtschirurgie sowie das Betriebsgebäude mit der neuen Kantonsapotheke. Die Investitionen belaufen sich auf 250 Millionen Franken. – Für die Gesamtanierung der verschiedenen Baukörper des Zürcher Universitätsspitals, von denen nun ein wichtiger Teil fertiggestellt ist, wird mit rund zwanzig Jahren Bauzeit (ab 1982) und Kosten von rund 554 Millionen Franken gerechnet.
26. In Niederhasli wird das erste Grosstanklager der Schweiz, in dem sämtliche Lager tanks und Verladestationen mit einem geschlossenen Gasrückführungssystem verbunden sind, in Betrieb genommen. Beim Benzinumschlag sind in diesem Tanklager bisher jährlich 420 Tonnen Schadstoffe, worunter acht Tonnen krebserregendes Benzol, in die Luft entwichen. Der Jahresumsatz beträgt 27 Millionen Liter Benzin.
28. Der Regierungsrat schliesst sich einer Stellungnahme des Präsidiums der Zürcher Kantonalbank (ZKB) an: Der Zusammenbruch der Immobilienpreise habe zu keinen untragbaren Risiken geführt. Die Bank beabsichtige nicht, die einzelnen Pfandobjekte neu zu schätzen und die Hypotheken anzupassen. Schuldner komme die Bank so weit wie möglich entgegen, wenn sie wegen der gefallen Preise in Schwierigkeiten gerieten. Gemäss ZKB entwickelten sich die Baulandpreise bis etwa 1988 «in einigermaßen geordneten Bahnen». Dann folgte eine Boomphase mit Baulandhöchstpreisen im ersten Halbjahr 1990 und darauf ein rascher Zusammenbruch. Die Preise für Wohnbauland gingen seither um 30 bis 50 Prozent zurück, jene für Gewerbe- und Industrieland gar um 40 bis 50 Prozent. Auch die Preise für Landwirtschaftsland fielen etwa auf die Hälfte. Der gesamte Hypothekarbestand der ZKB beträgt gegenwärtig 65 000 Positionen. Die ZKB ist an etwa 30 Milliarden Franken Hypotheken, Darlehen und festen Zuschüssen beteiligt. Das mutmassliche Risikokapital beziffert die Bank auf 125 Millionen Franken, bei laufenden Baukrediten auf etwas über 300 Millionen Franken.
29. Heute sind es 25 Jahre her, seit sich in Zürich der sogenannte Globus-Krawall ereignete. Jugendliche beabsichtigten, im leerstehenden Provisorium eines Kaufhauses auf der Bahnhofbrücke, welches sie seit einigen Tagen in Beschlag genommen hatten, ein «Autonomes Jugendzentrum» einzurichten. Um dem Nachachtung zu verschaffen, veranstalteten sie eine Demonstration, welche alsbald in eine Strassenschlacht eskalierte und überregionale Betroffenheit auslöste: 169 Verhaftete und Dutzende von Verletzten, darunter 21 Polizisten, waren die Bilanz der Strassenkämpfe zwischen den Jugendlichen und der Polizei.

## Juli 1993

1. Eine Ausstellung im Haus zum unteren Rech in Zürich zeigt Überreste einer Pfahlbauersiedlung, welche Taucher der Stadtarchäologie im Auftrage des Kantons seit zehn Jahren vom Seegrund zwischen Greifensee und Schwerzenbach zu Tage gefördert haben. Bisher wurden dort Fundamente von 23 grösseren und kleineren Häusern – vielleicht Speicher – freigelegt. Die wissenschaftliche Untersuchung weist auf eine Bauzeit von 1048 bis 1045 vor Christus hin. Seit Beginn der Grabungen wurden rund 4000 Holzproben untersucht. Danach müssen die Uferwälder vor 3000 Jahren anders ausgesehen haben als heute. Erlen herrschten vor. Für die schwereren Konstruktionsteile lieferten die weiter zurückliegenden Wälder genügend Eichenholz. Das Holz konnte schon damals fachmännisch bearbeitet werden. Die Hauswände standen auf zusammengezimmerten oder zusammengebundenen Holzrahmen.
3. Der Wädenswiler *Albert Hauser*, emeritierter Ordinarius für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Land- und Forstwirtschaft an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, erhält im elsässischen Schiltigheim von der in Basel ansässigen Johann-Wolfgang-Goethe-Stiftung zusammen mit einem elsässischen Politiker und einem deutschen Organisten den oberrheinischen Kulturpreis. Der Geehrte erhält den Preis für seine «Forschung auf dem Gebiete der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie der Agrar- und Forstgeschichte und seine Beiträge zur schweizerischen Volkskunde und Volkskultur».
4. Im Zürcher Grossmünster feiert man im Rahmen eines Gottesdienstes das 150jährige Bestehen des Protestantisch-kirchlichen Hilfsvereins des Kantons Zürich. Dieser unterstützt evangelische Gemeinden in Diasporagebieten wie der Innerschweiz, im Tessin und im Ausland. Die Unterstützung erfolgt, indem Pfarrstellen geschaffen oder Gemeindehäuser und Kirchen errichtet werden. Die Arbeit versteht sich im Rahmen des ökumenischen Verständnisses.
5. Der Kantonsrat nimmt die Staatsrechnung 1992 mit einem Rekorddefizit von 519 Millionen Franken einstimmig ab. Die Rechnung fiel gegenüber dem Voranschlag um 216 Millionen Franken schlechter aus.
5. Über das Mittelland – und damit den Kanton Zürich – sowie die Innerschweiz zieht ein heftiges Sommergewitter. Sturmwinde reissen Bäume um, bewirken Stromausfälle, und bei den massiven Regengüssen mit 66 bis zu 89 Litern Regen je Quadratmeter werden Keller überflutet und geraten Hänge ins Rutschen. Wie die Schweizerische Meteorologische Anstalt zu berichten weiss, sind in Zürich in diesem Jahrhundert nur rund ein dutzendmal so grosse Regenmengen gemessen worden, weshalb das Gewitter bezüglich Wassermenge als Jahrzehnt-, in einigen Gegenden gar als Jahrhundertereignis gilt. Zwei Hagelzüge verwüsten Kulturen und beschädigen Autos und Häuser.

6. Das Polenmuseum Rapperswil widmet dem in Polen geborenen Zürcher Maler *Josef Simmler* (1823 bis 1868) eine Ausstellung. Dieser kam in Warschau zu Ehren, hierzulande aber verkannt und ging schliesslich sogar vergessen. Der Künstler entstammte einer seit Jahrzehnten in Polen ansässigen Tischlerdynastie und galt in der Mitte des letzten Jahrhunderts als angesehener Porträt- und Historienmaler. Sein Ruhm drang jedoch nie bis ins Vaterland. Der Geehrte wird als romantischer Akademiker bezeichnet, der es als Autodidakt zwischen Klassizismus, Romantik und Biedermeier zu höchster Perfektion brachte. Die Hälfte seiner Werke wurde in den Kriegswirren zerstört oder ist als mutmasslicher Stubenschmuck der Kriegsgewinnler in Ost und West verschollen. Simmlers patriotische Lithographien schmückten Hunderte polnischer Haushalte, und nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand gegen die Russen von 1863 entwickelte er mit seiner Malerei ein verblüffend politisches Bewusstsein.
  
8. Mehrere tausend Studierende der Universität ziehen in einem friedlichen Protestmarsch durch die Innenstadt von Zürich. Mit Transparenten und Luftballonen manifestieren sie gegen die geplante Studienzeitsbeschränkung und die von der Regierung beschlossene Verdoppelung der Semestergebühren.
  
8. Ein von einer grossen Tageszeitung organisiertes sinnbildliches «Röstigraben-Essen» auf dem Zürcher Bauschänzli lockt mehrere tausend Besucher an. Bei herrlichem Wetter werden mehr als zwei Tonnen Röstli aus einer Bratpfanne mit zweieinhalb Metern Durchmesser an Deutschweizer und Tessiner auf der einen und Welsche auf der anderen Seite ausgegeben, um so einen Beitrag zur Überbrückung des «Röstigrabens» zu leisten. Dieser ist nach Meinung vieler nach der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum vom vergangenen Dezember tiefer und breiter geworden. Die Deutschweizer Kantone sowie das Tessin überstimmten damals mit ihrem deutlichen Nein das ebenso deutliche Ja der Welschen.
  
9. Der Regierungsrat will den Staatshaushalt bis 1996 um 350 Millionen Franken entlasten und damit das vom Gesetz geforderte Haushaltgleichgewicht wiederherstellen. – Dies ist einem in den Grundzügen veröffentlichten Sanierungsplan zu entnehmen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Personalausgaben mit einem Verzicht auf Teuerungszulagen und Personalabbau. Schliesslich wird auch auf die Rückeroberung von Inflationsgewinnen durch die «kalte Progression» [Teuerung] reflektiert.
  
9. 150 Leute besetzen am Nachmittag während einer Stunde den Limmatplatz im Stadtzürcher Kreis 5, um gegen die Belastung des Quartiers durch die Drogenszene zu protestieren.
  
10. Eine Presseverlautbarung der Kaderversammlung der «Swissair» schafft Unruhe unter den (mit den Tochtergesellschaften) rund 25 000 Mitarbeitern: Im Rahmen des Zusammengehens mit drei weiteren europäischen Fluggesellschaften müssten in

den ersten drei Jahren nach Zustandekommen zehn Prozent der Stellen abgebaut werden. Ein Teil könnte über natürliche Abgänge aufgefangen werden. Doch Entlassungen seien unumgänglich, und zwar unabhängig der Zukunftslösung. Das Zusammenschlussprojekt hat sich inzwischen zerschlagen.

10. Die Kantonspolizei sieht sich veranlasst, auf der Weinländer Nationalstrasse Nr. 4 zwischen Schaffhausen und Winterthur zusätzliche Signalisationsmassnahmen zu prüfen, eventuell verbunden mit Geschwindigkeitsbeschränkungen. Eine schwarze Serie von schweren Verkehrsunfällen will nicht abreißen; so waren am Vortag vier Todesopfer zu beklagen. Damit sind auf der genannten Strecke innerhalb der letzten drei Jahre bei einem Dutzend Verkehrsunfälle 16 Leute tödlich verunglückt und 17 schwer verletzt worden.
10. Finanzdirektor Honegger, dem auch die Fischerei- und Jagdverwaltung untersteht, stellt einen neu erarbeiteten Fischatlas als Grundlage vor für künftige Massnahmen, bedrohte Arten nicht aussterben zu lassen. So wurden bisher vor allem die fangtechnisch und kulinarisch begehrten Fischarten wie Forellen, Hechte, Felchen, Äschen und Egli gefördert. Die Bewirtschaftung sei nun aber auf die Erhaltung und Förderung der ganzen Artenvielfalt auszurichten. Die gegenwärtige Einengung stehe ohne Zweifel im Zusammenhang mit den jährlich durchschnittlich 30 gemeldeten Fischsterben. Ein weiteres Problem sei, dass Bäche als Folge der intensiveren Nutzung für die Trinkwasserversorgung vermehrt austrockneten. Trotzdem seien (aufgrund bisheriger Massnahmen) Bachforellenbestände wieder im ganzen Kanton verbreitet. Zu viele organische Substanzen in Seen führten zu Verschlammungen. Als Folge komme beispielsweise der früher verbreitete Läugel im Zürichsee nur noch minimal vor, weil ihm für die Naturverlaichung fast keine Sandbänke mehr zur Verfügung stünden. Grössere Reiherkolonien dezimierten zwar die Fischbestände, doch sei deswegen noch keine Fischart bedroht.
12. Durch die Presse geistert die Geschichte eines gigantischen Schwindels um Geld der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der einstigen Deutschen Demokratischen Republik: In den Wirren der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland von 1990 versuchten sogenannte Seilschaften von Funktionären der SED, Millionenbeträge in drei Bankhäusern in Zürich anzulegen und weiterzutransferieren. Man vermutet, dass mit virtuosen Transaktionen so über 400 Millionen Franken «abgeflossen» sind. – Der deutsche Staat versucht nun mit Rechtshilfebegehren, diesen Geldern nachzuspüren.
21. In Luzern stirbt der Komponist *Paul Müller-Zürich* 95jährig. Der Musiker (der sich nach seinem Geburtsort den Zunamen «Zürich» zulegte) galt nicht nur als schöpferischer Künstler, sondern auch als geschätzter Lehrer, der das Musikleben in unserem Lande wesentlich mitbestimmte. Zu seinem Oeuvre zählt unter anderem das «Eidgenössische Wettspiel» für die Landesaustellung 1939.

22. Am Prolog zum «Internationalen Klausen-Memorial», dem Autorennen vom kommenden Sonntag mit historischen Automobilen und Motorrädern, treffen sich auf dem Flugplatz Dübendorf 60 Automobile und 20 Motorräder der Baujahre 1905 bis 1962 von unschätzbarem Wert. Die Veranstaltung vermag trotz strömendem Regen rund 10000 Besucher anzuziehen, zu denen sich auch der Berichterstatter gesellt. – Das Bergrennen am Klausenpass gilt als einmaliger Anlass und fand letztmals vor 60 Jahren statt. Der Streckenrekord von Rudolf Caraciola auf einem «Mercedes-Silberpfeil» wird – mit gleichem Fahrzeug – allerdings nicht gebrochen, obwohl die Passstrasse heute asphaltiert ist.
28. Die Bezirksanwaltschaft Zürich weist drei Strafanzeigen gegen Erziehungsdirektor Gilgen ab mit Verweis auf dessen Immunität, welche lediglich vom Kantonsrat aufgehoben werden könnte. Der «Verein für Psychologische Menschenkenntnis» (VPM) hatte die Anzeige gegen den Regierungsrat, einen Chefbeamten der Erziehungsdirektion und vier Buchautoren des Werkes «Das Paradies kann warten – Gruppierungen mit totalitärer Tendenz» erstattet. Die Kläger sehen in diesem von Erziehungsdirektion und Pestalozzianum gemeinsam herausgegebenen Sachbuch die Glaubens- und Kultusfreiheit gestört, was laut Strafgesetzbuch mit Gefängnis oder Busse bestraft werden kann. Die Publikation befasst sich unter anderem mit dem VPM (dem namentlich Lehrkräfte angehören), den «Scientologen» und Evangelikalen. Auch die Mitbeteiligten an diesem Werk kommen ungeschoren davon, weil, wie die Bezirksanwaltschaft feststellt, «die Lektüre des Buches keinen Zweifel darüber offenlasse, dass – über das Ganze gesehen – die schützenswerten, aufklärerischen Motive offensichtlich wegleitend waren». Trotzdem wird das Buch für eine weitere Auflage in einigen Kapiteln umgeschrieben werden, da sich auch kirchliche Kreise betroffen fühlen.
31. In der Schweiz hat es im Juli seit Messbeginn der heutigen Schweizerischen Meteorologischen Anstalt im Jahre 1864 noch nie so viel geregnet wie in diesem Monat. Die Werte liegen, namentlich auch in Zürich, 180 bis 240 Prozent über der Norm. Die Temperaturen entsprechen trotz Sonnendefizit dem langjährigen Mittel. Unter den drei Kaltlufteinbrüchen führte derjenige vom 12. dazu, dass es an diesem Tag kälter war als am vergangenen 12. Januar.

## August 1993

1. Trotz Ferienzeit verzeichnen die 1.-August-Feiern allenthalben guten Zulauf. So auch in Zürich, wo die 2000 Sitzplätze in der Stadthausanlage an diesem warmen Tag für die tausend mehr Erschienenen nicht ausreichen. Da der Feiertag dieses Jahr mit einem Sonntag zusammenfällt, hält hier traditionsgemäss ein Pfarrer die Rede. Es ist dies der scheidende Kirchenratspräsident Meili aus Thalwil. Dieser fordert die Schweiz zu solidarischem Handeln auf, wo immer es die Menschenwürde erfordere.

Arbeitslosigkeit, Drogenelend, Verarmung, Krieg im ehemaligen Jugoslawien – Probleme von heute, für die wir die erlösende Antwort nicht hätten. Doch sei eben jeder Schritt wichtig, wenn er in die richtige Richtung führe. Die Schweiz sei nicht vollkommen, aber sie habe eine Zukunft.

2. Nach anderen Orten in der Schweiz geht nun auch die Stadt Zürich dazu über, mit umgebauten Zigarettenautomaten Spritzensets für Drogensüchtige zu verkaufen. Das von der Aids-Hilfe Schweiz konzipierte Set konnte bisher namentlich in der Westschweiz monatlich rund 25 000mal abgesetzt werden. Ziel des Stadtzürcher Gesundheitsamtes ist es, diese Abgabeform, welche sich vor allem an noch relativ gut integrierte Süchtige wendet, flächendeckend im Kanton und in den Nachbarkantonen über solche Automaten zu propagieren. Die Stadt erhofft sich so eine vermehrte Dezentralisierung der Drogenszene. Im vergangenen Monat wurden in Zürich 16 000 Spritzen abgegeben, ein Jahr zuvor waren es noch 11 000 gewesen.
3. Heute vor hundert Jahren verkehrte im Sihltal der erste fahrplanmässige Zug zwischen Zürich und Sihlwald. Die Initianten hatten damals die Absicht gehegt, die Strecke bis Sihlbrugg zu verlängern und später einen Anschluss via Zug an die Gotthardlinie zu suchen. Letzteres gelang bekanntlich nicht, und so blieb die Sihltallinie jahrzehntelang eine Provinzbahn. 1896 wurde lediglich der Abschnitt bis Sihlbrugg verwirklicht und damit der Anschluss an die Strecke Thalwil-Zug doch noch erreicht. 1924 wurde die Bahn elektrifiziert. 1932 legte sie ihre Verwaltung mit derjenigen der Uetlibergbahn zusammen. 1973 fusionierten die beiden Unternehmungen zur «Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn» (SZU). 1992 verzeichnete die SZU 5,58 Millionen Fahrgäste (Vorjahr 3,82 Millionen), was einer Zunahme von 46 Prozent entspricht. Die Bahn ist damit innerhalb des Verkehrsverbundes Rekordhalterin, auch wenn man die 929 000 Passagiere, die die nationale Forschungsausstellung «Heureka» besuchten, nicht miteinbezieht.
5. Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Aktiengesellschaft für Flugsicherung (Swisscontrol) beschliesst, auf dem Flugplatz Kloten für 54 Millionen Franken ein international vernetztes Computersystem zu installieren. Damit sollen die chronischen Verspätungen infolge überlasteter Lufträume, verbunden mit Staus in den Warteschlangen, abgebaut werden. Ein amerikanisch-schweizerisches Konsortium soll nun bis 1998 die technischen Hilfsmittel für dieses europäisch kompatible Hilfsmittel liefern.
6. Kleinkraftwerke sollen eine Renaissance erleben. Einen Impuls dazu erhofft sich der Kanton von einem Projekt, das zurzeit an der Töss bei Pfungen für 5,41 Millionen Franken im Bau ist. Sollte sich die neue Anlage bewähren, will er prüfen lassen, ob Turbinen auch für die Sihl in Frage kommen könnten. Das Kleinkraftwerk in Pfungen soll 1994 ans Stromnetz gehen und Energie für rund 500 Haushalte liefern. Der Kanton Zürich muss seinen Strombedarf insgesamt zu mehr als 92 Prozent mit Importen decken. Nebst den Kleinkraftwerken liefern die elf grösseren Kraftwerke lediglich 6,9 Prozent des Verbrauchs.

7. Vor 150 Jahren veröffentlichte der Oberländer Mundartdichter Jakob Stutz Auszüge aus seinem Sternenberglied und zeigte damit auf, wie schlimm es um die höchstgelegene Zürcher Gemeinde stand. Dieses 46 Strophen lange Zeitdokument ist der Anfang einer ungewöhnlichen und anrührenden Geschichte, die in den Selbstmord des Dorfpfarrers und in eine zwölfjährige Bevormundung der Gemeinde durch den Regierungsrat mündete. – Nachdem der Regierungsrat schon im Hungerjahr 1816 grosse Lieferungen von Mehl und Reis nach Sternenberg hatte bringen lassen, sandte er 1847 einen Chefbeamten dorthin. Zweck war, über die Verwendung von Hilfgeldern zu wachen und die Gemeindebehörden zu beaufsichtigen. Dabei entdeckte der Regierungskommissär, dass sich der Ortspfarrer mehrfach aus der Kirchen- und auch aus der Gemeindekasse bedient hatte. Dies führte zu einer massiven Überschuldung der Gemeinde. 1852 trat der Gemeinderat aus Protest gegen das unerbittliche Regime der kantonalen Kuratel geschlossen zurück. – Es sollte 136 Jahre dauern, bis die Behörde ein zweitesmal zu dieser drastischen Demonstration griff, diesmal nicht gegen die Obrigkeit, sondern gegen Mitbürger (Volksbegehren für öffentliche Gemeinderatssitzungen).
  
11. Gemäss Bundesauftrag müsste die Schweizer Luft bis 1994 saniert sein. Der Kanton Zürich ist hievon allerdings noch weit entfernt. Baudirektor Hofmann will deshalb aufgrund bisheriger Erfahrungen einen neuen Massnahmenplan erarbeiten lassen. Trotzdem dürften die Ergebnisse auch im Jahre 2000 nicht vollumfänglich befriedigend sein: Man rechnet, die hauptsächlichsten Luftschadstoffe wie Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen, Ozon und Kohlendioxid auch längerfristig nicht unter die Grenzwerte drücken zu können.
  
12. Das Bundesgericht hat entschieden, dass die kantonale Volksabstimmung über ein Verbot aller Geldspielautomaten von 1991 nicht wiederholt werden muss. Die Klägerschaft hatte verlangt, die Abstimmung zu annullieren, weil Wallisellen widerrechtlich mit 30 000 Franken in den Abstimmungskampf eingegriffen habe. – Aufgrund weiterer Klagen sollte der Regierungsrat allerdings weiterhin zögern, das Verbot in Kraft zu setzen.
  
13. Das Fürsorgeamt der Stadt Zürich tritt an die Öffentlichkeit, dass im Kantonshauptort bald 10 000 Personen von der Sozialhilfe abhängig und deshalb dringend Gegenmassnahmen nötig seien. Die Zahl der Stellensuchenden und mit ihr diejenige der hieraus resultierenden Langzeitarbeitslosen stieg seit 1990 stetig an. Wenn diese 400 bzw. nochmals 170 Taggelder bezogen haben, werden sie «ausgesteuert» und fallen der Fürsorge anheim. – Verzeichnete die Stadt Zürich 1989 noch 5600 Sozialhilfebezüger, so waren es 1992 über 8200. Die Unterstützungen verdoppelten sich in diesem Zeitraum von 56,8 Millionen auf 113,3 Millionen Franken.
  
15. Die Kantonspolizei veröffentlicht die Kriminalstatistik für 1992. Hieraus ergibt sich, dass die gemeldeten Delikte (140 799) seit 1985 erstmals wieder rückläufig sind: 10,6 Prozent weniger als 1991 (157 471). Die Abnahme geht vor allem auf das

Konto der gesunkenen Quote der Diebstähle, Fahrzeugdiebstähle, Einbruchdiebstähle (samt damit verbundenen Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch).

17. Die «Swissair» sieht sich nach technischen Problemen bei Flugzeugen des Typs «MD-11» gezwungen, zwei dieser dreistrahligen Flugzeuge stillzulegen, um so sechs Triebwerke zu gewinnen. Mit den Motoren, die eine kleinere Nutzung aufweisen und deshalb technisch in einem besseren Zustand sind, sollen andere MD-11-Maschinen bestückt werden, die mit potentiell anfälligen Triebwerken ausgerüstet sind. Die Fluggesellschaft konnte weltweit nur fünf Ersatztriebwerke auffindig machen. Der Flugplan soll durch gemietetes Fluggerät gewährleistet werden.
18. Baudirektor Hofmann stellt Massnahmen zur Senkungen des Energieverbrauchs im Kanton Zürich vor. Das Programm «Energie 2000» des Bundes und schweizerische Versprechungen im Rahmen der Klimakonvention sollten, soweit es Zürich angehe, nicht leere Worte bleiben. Mit einer Verschärfung des Energiegesetzes will man bis ins Jahr 2000 80 Millionen Liter Brennstoff und 150 Gigawattstunden Strom weniger verbrauchen. Dies entspricht einer Menge, die 30 000 bis 40 000 Einfamilienhäuser jährlich benötigen.
19. Die Gemeinde Pfäffikon erhält ein nicht alltägliches Geschenk: einen Mühleweiher, eine alte Turbine und ein Wasserrecht. Damit kann Pfäffikon in der ehemaligen Mühle ein Kleinkraftwerk installieren und selbst Strom produzieren. Das Geschenk stammt von der ehemaligen Besitzerin der Mühle, welche zudem noch 65 000 Franken für die nötige Sanierung der Weiherdämme stiftete. Dank der Schenkung wird die Gemeinde weiterhin Frischwasser über den Dorfbach in den zirkulationsarmen nördlichen Teil des Pfäffikersees leiten können. Die Mühle Egli, eine der grössten in der Schweiz, gab ihren Betrieb 1990 auf. Die alte Turbine soll als Schauobjekt im Rahmen eines Tea-Rooms erhalten bleiben.
20. Ein Grossfeuer zerstört in Wernetshausen eine Schreinerei samt Lagergebäude, Büro und Ausstellungsräumen völlig. Verletzt wird niemand, doch beziffern die Behörden den Sachschaden auf über eine Million Franken.
21. Im Konflikt um eine umstrittene, dem Verein für Psychologische Menschenkenntnis (VPM) angehörende Primarlehrerin in Rüti teilt die Schulpflege den Eltern der entsprechenden Klasse mit, dass ihre Kinder bei einer zusätzlich verpflichteten Vikarin eingeschult würden. Die Eltern dieser Kinder hatten beantragt, ihre Kinder nicht zu dieser Lehrerin, gegen die eine Disziplinarverfahren wegen «schwerwiegender Berufsverletzungen» läuft, in die Schule schicken zu müssen. Erziehungsdirektor Gilgen hatte der Schulpflege mitgeteilt, dass keine Kinder gegen den Willen ihrer Eltern der VPM-Lehrerin zugeteilt werden dürften. Auch Kindergärtnerinnen hätten ein fehlendes Einfühlungsvermögen der Lehrkraft bemängelt.
23. Der Kantonsrat unterstützt eine parlamentarische Initiative vorläufig, neben den drei staatlich anerkannten Kirchen auch weiteren Gemeinschaften die Möglichkeit

für eine öffentlichrechtliche Anerkennung zu gewähren. Die Initiative wird verschiedentlich als Gegengewicht zur anstehenden Initiative für eine Trennung von Kirche und Staat empfunden. Staatlich anerkannte Kirchen geniessen das Privileg, ihre Steuern von Amtes wegen einziehen zu lassen. Sie müssen sich aber andererseits auch staatlicher Aufsicht und Organisation unterstellen; dazu gehören beispielsweise das Stimm- und Wahlrecht oder die jährliche Rechnungsabnahme. – 1988 hatte der Souverän es mit 111 000 zu 98 000 Stimmen abgelehnt, mit einem Verfassungsgesetz weitere religiöse Gemeinschaften staatlich anzuerkennen.

24. Eine private Wirtschaftsgemeinschaft engagiert den abgewählten amerikanischen Präsidenten *Bush* gegen eine Gage von rund 100'000 Franken für einen Vortrag ins Zürcher Kongresshaus. Rund 300 Zuhörer interessieren sich für die politischen und wirtschaftlichen Betrachtungen des ehemaligen Staatsmannes: Der «Wüstensturm» genannte Golfkrieg und internationale Geschäfte hätten eines gemeinsam – grosse Telefonrechnungen. Dennoch engagiere er sich für die Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko und werbe für den Abschluss des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) im Rahmen der Uruguay-Runde. Die Europäer müssten bei der Landwirtschaft allerdings nachgeben. Es sei beispielsweise Bauern in Wisconsin nicht zuzumuten, dass die USA subventionierten Schweizer Käse importierten. – Am Bürkliplatz werden rund 50 Vermummte, welche gegen den Besuch demonstrieren, von der Polizei in Schach gehalten und nach Steinwürfen mit einem Gummigeschosseinsatz schliesslich vertrieben.
25. Nach zweijähriger Arbeit stellt eine Untersuchungskommission des Zürcher Gemeinderates ihren Bericht über die Informatik in der Stadtverwaltung vor. Der Bericht enthüllt Pflichtverletzungen und Kostenüberschreitungen in der Grössenordnung von 80 Millionen Franken innerhalb der letzten zehn Jahre. Straf- oder vermögensrechtlich relevante Tatbestände liegen aber nicht vor. Im Brennpunkt steht dabei der politisch verantwortliche Finanzvorstand, Stadtrat Küng, der indessen an einer Pressekonferenz die gegen ihn erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweist.
26. In Uetikon am See wird die älteste Chemiefabrik der Schweiz, die Firma CU Chemie Uetikon AG, 175jährig. Zwar gab es zur Gründungszeit schon andere chemische Fabriken, doch überlebte von diesen keine. Vier Geschwister Schnorf, eine Familie von Schiffleuten, begannen 1818 Vitriol (Kupfer- und Eisensulfat) sowie Vitriolöl (Schwefelsäure) herzustellen. Abnehmer dieser Produkte war vor allem die Textilindustrie. Die Produktpalette umfasste bald auch Salz- und Salpetersäure, Natriumsulfat sowie für die Seifensiedereien Soda. Bis 1893 war das Werk nur auf dem Seeweg erreichbar. Heute machen die Grundchemikalien nur noch einen Fünftel der Produktion aus. Wachstumschancen werden heute vor allem bei Rohstoffen für die Pharmaindustrie gesehen. Die Firma ist heute in der Wassertechnik führend. Die Jubilarin erzielte 1992 als Firmengruppe 279 Millionen Franken Umsatz und beschäftigte rund 1000 Mitarbeiter (wovon 260 im Stammhaus am Zürichsee).

27. Laut Angaben des Statistischen Amtes sind im Kanton Zürich 1992 für knapp 9,4 Milliarden Franken (119 Millionen oder 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr) Bauten realisiert worden. Für 1993 sind nun für 8,7 Milliarden Franken (744 Millionen oder 6,1 Prozent weniger als im Vorjahr) angemeldet. Am Anteil der öffentlichen Hand waren die Gemeinden 1992 mit 56 Prozent (1,662 Milliarden), der Kanton mit 24 Prozent (724 Millionen) und der Bund mit 20 Prozent (607 Millionen Franken) beteiligt. Für den staatlichen Wohnungsbau wurden 110 Millionen Franken aufgewendet. 482 Millionen flossen in den Strassenbau. Tiefbauprojekte beanspruchten 741 Millionen, die übrigen Hochbauten 1,074 Milliarden Franken.
28. Politiker möchten, dass die Vormundschaftsbehörde der Stadt Zürich durch Anordnung des fürsorgerischen Freiheitsentzugs (FFE) eine mehrtägige Internierung auswärtiger Drogenabhängiger im Vermittlungs- und Rückführungszentrum Hegibach (einer ehemaligen Aussenstation des Universitätsspitals) ermöglicht. Die Vormundschaftsbehörde widersetzt sich nun allerdings dem Willen von Stadt- und Regierungsrat. Sie sehe sich rechtlich ausserstande den FFE zu vollziehen.
28. Eine zur Massenbewegung angewachsene Partyszene tanzt sich an einer organisierten «Street Parade» durch die Zürcher Innenstadt. Die rund 6000 schrill gekleideten Leute bringen mit ihrer ohrenbetäubenden «Techno- und House-Musik» im Schlepptau von 18 dekorierten und mit monumentalen Lautsprechern bestückten Lastwagen den Verkehr teilweise zum Erliegen. – Drogenmissbrauch (namentlich Ecstasy) und erhebliche Strassenverschmutzungen bescheren den Organisatoren zudem ein Nachspiel.
29. Im Bezirksgefängnis Pfäffikon versuchen sechs Häftlinge einen Ausbruch. Sie bewaffnen sich mit Messern und bringen drei Wärter in ihre Gewalt. – Ein Grossaufgebot der Kantonspolizei kann die Ausbruchswilligen nach einer Stunde schliesslich von der Ausweglosigkeit ihres Handelns überzeugen, worauf sich diese schliesslich ergeben.
30. Mit 95 gegen 56 Stimmen gibt der Kantonsrat in Hüntwangen ein neues, 105 Hektaren grosses, 35,7 Millionen Kubikmeter Kies aufweisendes Abbaugelände frei. Als Folge müssen 40 Hektaren Wald vorübergehend gerodet werden. – Der Regierungsrat hatte ein Gebiet von 80 Hektaren mit 29,5 Millionen Kubikmetern beantragt. Die Raumplanungskommission war aber, wie nun auch das Ratsplenum, der Ansicht, es sei jetzt aus Landschaftsgestaltungsgründen eine grössere Fläche freizugeben.

## September 1993

1. Baudirektor Hofmann stellt – wie er sich ausdrückt, «eine schweizerische Pionierleistung» – an einer Medienorientierung einen Abfallkataster von Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben vor. Er zeigt, welche Abfälle woher kom-

men und wohin sie gelangen. Damit verbundenes langfristiges Ziel ist die Abfallvermeidung. 1991 betrug im Kanton Zürich die gesamte Abfallmenge 2 663 000 Tonnen. Diese setzte sich aus 40 Prozent Bauschutt, 23 Prozent Betriebsabfällen und je 18 Prozent Hauskehricht und Bausperrgut zusammen. Der überwiegende Teil des gesamten Abfallberges (vor allem Haushalt- und Sonderabfälle) wird vom Kanton seit 1987 systematisch quantitativ und qualitativ erfasst. Mit dem Abfallkataster wird nun die Lücke bei den Betrieben geschlossen. Hiefür wurden 61 482 Betriebe mit 557 728 Beschäftigten erfasst. Diese produzieren jährlich 600 000 Tonnen (ohne Aushub und Bauschutt).

2. Bei Andelfingen kann gegenwärtig die Holzkohleherstellung in einem Kohlenmeiler, wie sie früher anzutreffen waren, in allen Phasen mitverfolgt werden. Wenn der vier Meter hohe, mit 40 Tonnen Holz geschichtete Meiler nach einigen Tagen verkohlt ist, sackt er in sich zusammen, und es können 7 bis 8 Tonnen Holzkohle «geerntet» werden. Die Demonstration geht auf eine Initiative der Andelfinger Schmiedezunft zurück.
2. Das einzige tibetische Kloster ausserhalb Asiens in Rikon bei Zell wird 25 Jahre alt. Aus diesem Grund erhält es bei einer Jubiläumszeremonie Besuch vom geistlichen und weltlichen Oberhaupt der Tibeter, dem 14. *Dalai-Lama*. An einer Pressekonferenz bedauert dieser, dass neulich geführte Gespräche zwischen der tibetischen Exilregierung und der Volksrepublik China keine Fortschritte für das seit 1950 besetzte Tibet gebracht hätten. Er sei aber erneut bereit, über die politische Autonomie seiner Heimat zu verhandeln. Er sei dankbar, dass die Schweiz seinen Landsleuten die Möglichkeit gebe, ihre Kultur und Identität zu wahren. Unser Land nahm nach dem Aufstand von 1959 1000 Flüchtlinge aus Tibet auf.
7. Die Baudirektion beschliesst, 92 weitere Staatsstrassenabschnitte nachts nicht mehr zu beleuchten. In 14 anderen Fällen hingegen kommt der Kanton, meist auf Demarchen betroffener Gemeinden hin, auf frühere Entscheide zurück und schaltet die Beleuchtung wieder ein. Per saldo sollen hieraus dennoch weitere Einsparungen resultieren. Die im Frühling 1993 vom Baudirektor beschlossene Stromsparaktion ist eine Reaktion auf die Volksabstimmung vom Dezember 1992, als eine Erhöhung der Verkehrsabgaben abgelehnt wurde. Der Strassenfonds hätte dringend weitere Mittel bedurft. Die Energiekosten ermässigen sich durch die bisherige Reduktion um etwa 800 000 Franken jährlich.
8. In Fällanden zierte nun ein reich geschnitztes, 1,4 Tonnen schweres Eichentor den Friedhofeingang. Es ist ein Geschenk der Gemeinde Odorheiul im ungarischsprachigen Teil Rumäniens. «Szeklertor» heisst das Bauwerk, das in Siebenbürgen zu jedem Haus gehört. Es ist dort ein Symbol für das Heimkehren. – Zwischen den beiden Gemeinden bestehen seit drei Jahren Beziehungen. Seither sind sechs Hilfskonvois unter anderem mit medizinischen Gütern und mehreren ausrangierten Krankenautos – von Fällanden nach Odorheiul gefahren. Der eigens aus Rumänien

angereiste Stadtrat will sich nun mit diesem einzigen «Szeklertor» in Westeuropa für die Hilfe aus der Schweiz bedanken und ein Zeichen der Freundschaft setzen.

9. Die grösste Mühle der Schweiz, die Stadtmühle Zürich, feiert ihr 150-Jahr-Jubiläum. Sie wurde im Laufe ihres Bestehens von verschiedenen Unternehmen betrieben, gehörte aber auch einmal der Stadt Zürich. 1912 übernahm sie die Mühlegenossenschaft Schweizerischer Konsumvereine.
- 11./12. Pfungen feiert mit einem Dorffest das Jubiläum seiner urkundlichen Ersterwähnung «Funginga» vor 1000 Jahren. Die Nähe zu Winterthur und zwei grosse Fabriken haben das heute, mit einem Vergleich zu anderen Landgemeinden eher höheren Ausländeranteil von 20 Prozent, 2300 Einwohner grosse einstige Bauerndorf geformt. Noch vor dem Bau der Eisenbahnlinie Winterthur-Bülach begann 1854 die Geschichte der bis 1983 hier existierenden Textilfabrik, die von der Wasserkraft der Töss profitierte. Ebenso prägend ist das Wirken der 1889 gegründeten Ziegelei, welche ihren Lehm früher aus nahen Gruben bezog.
- 11./12. In Zürich nehmen 700 Jugendliche am ersten grösseren «Street-Ball»-Turnier in der Schweiz teil. Es handelt sich hierbei um eine «Schrumpfversion» von Basketball, im Gegensatz zu diesem aber ohne Regeln und Schiedsrichter. Die Spieler kleiden sich vornehmlich in modische Klamotten und spielen bei «Hip-Hop-Rhythmen». Das Ballspiel verbreitet sich gegenwärtig in Europa in Windeseile und hat seinen Ursprung in den Ghettos amerikanischer Grossstädte.
13. Der Bezirksrat Pfäffikon heisst den Rekurs gegen einen Parlamentsbeschluss des Gemeinderates Illnau-Effretikon gut und hebt diesen auf. Das Gemeindeparlament wollte, wie zuvor schon der Stadtrat, Investoren städtisches Industrieland mit einem vom Steueraufkommen abhängigen Rabatt schmackhaft machen. Als Lockmittel hätten zudem die Baurechtszinsen während der ersten zehn Jahre um die Summe der Gemeindesteuern der ansiedlungswilligen Unternehmen bis maximal auf die Hälfte reduziert werden sollen. Der Bezirksrat hält nun fest, die Gemeindeordnung dürfe vom Parlament grundsätzlich nicht mit einer Kompetenzdelegation umgangen werden. Ebenso dürfe die Legislative Landgeschäfte nur genehmigen, wenn sämtliche entscheidenden Aspekte bekannt seien.
13. *Roman Neukom*, sechzehnjähriger kaufmännischer Lehrling aus Rafz, wird zum diesjährigen Schützenkönig des Zürcher Knabenschiessens gekürt. Er setzte sich im Ausstich gegen einen Knaben aus Zollikerberg durch, mit dem er als einziger das Punktemaximum erreicht hatte. Insgesamt schossen an diesem Zürcher Traditionsanlass 4438 Jugendliche, worunter 1104 Mädchen.
13. In einem Walliseller Einkaufszentrum versteigern Prominente Bilder verschiedener Künstler zugunsten des «Lighthouse» in Zürich. Dieses beherbergt Aids-Kranke und muss über eine private Stiftung ein Drittel der Betriebskosten in der jährlichen

Grössenordnung von 800 000 Franken aufbringen. – Statt der erhofften 30 000 bis 40 000 Franken werden lediglich 22 000 Franken gelöst.

14. In Zürich nimmt das umstrittene Vermittlungszentrum Hegibach den Betrieb auf. Ziel ist es, auswärtige Drogenabhängige in ihre Wohngemeinde zurückzuführen. Am Eröffnungstag werden dem Zentrum neun Drogensüchtige zugeführt, darunter drei Frauen.
15. Seit einiger Zeit füttern Betrügerbanden in verschiedenen Schweizer Städten Wechsel- und Billettautomaten mit praktisch wertlosen russischen Rubelmünzen statt mit (gleich grossen und gleich schweren) Fünflibern. So gingen allein aus Billettautomaten der Zürcher Verkehrsbetriebe (VBZ) innerhalb eines Jahres 120 000 Franken verloren. Die VBZ sehen sich daher genötigt, an ihren Automaten die Annahme der Fünffränkler zu verweigern, bis die Geräte die Münzen auch optisch voneinander unterscheiden können. Die Umrüstung aller 800 Automaten wird 400 000 Franken kosten.
16. Die Stadt Zürich verleiht der Schweizerischen Kreditanstalt zum drittenmal ihren mit 6000 Franken dotierten Grünpreis. Geehrt werden die «pionierhaften Anstrengungen um naturnahe Umgebungs-, Fassaden- und Dachbegrünung im Zentrum Uetlihof». Ökologie und Ökonomie hätten sich dort zum Wohl der rund 3000 Angestellten «hervorragend die Hand gereicht». Der Preis sei als Anerkennung für den Mut zu verstehen, den die Bank mit der Begrünung gezeigt habe. «Angesichts voller Tresore», so die Generaldirektion scherzhaft, reicht die Bank den Preis an die Gesellschaft für Schüलगärten in Zürich weiter und verdoppelt ihn zudem noch. Damit betreibe man «Nachwuchsförderung in Ökologie». Die Gesellschaft ermöglicht es nämlich zurzeit rund 430 Kindern, in Schüलगärten ihr eigenes Beet zu bestellen.
17. Die vor hundert Jahren erfolgte erste Eingemeindung von Vororten in Zürich brachte auch dem Zunftwesen Aufschwung. Die Zünfte bedanken sich nun mit einem Festakt, bei dem sie der Stadt ein Geschenk übergeben, bestehend aus 26 mit Zunftbannern geschmückten Fahnenmasten am Utoquai. Die zwölf historischen und die vierzehn Quartierzunftbanner werden fortan am Sechseläuten und am Knabenschüssen im Winde wehen dürfen. An anderen Feiertagen hängen an ihrer Stelle vom Schweizer Kreuz überragt – die Kantonsbanner.
20. Der Kantonsrat eröffnet eine Monsterdebatte zum Thema Arbeitslosigkeit; rund 20 Vorstösse sind zu behandeln. Die erste Runde, an der sich über dreissig Redner beteiligen, wird vor allem von konjunkturpolitischen und wirtschaftsideologischen Positionsbezügen geprägt. Im Detail werden Vorschläge zur konkreten Hilfestellung an Arbeitslose diskutiert, so etwa die Bevorschussung von Arbeitslosengelder durch die Gemeindearbeitsämter, diskutiert. Der Regierung wird vorgehalten, das Arbeitslosenproblem zuwenig entschlossen anzupacken.

21. Die Holzkorporation Herrliberg wird 450 Jahre alt. Aus dem ältesten Dokument geht hervor, dass die Korporation damals nicht einmal eine Neugründung war; 450 Jahre sind somit nur ihr «garantiertes Mindestalter». Ältestes Korporationsdokument im Kanton Zürich ist dasjenige von Zollikon, worin die «dorflüte und die gebursami gemeinlich von Zollinkon» die Nutzung ihres «fri eigenen Waldes» regelten. Es stammt aus dem Jahre 1330. Holzkorporationen haben seit etlichen Jahren ungünstige Zeiten, ist doch die Holzhauerei in der Regel defizitär. Während des letzten Krieges jedoch teilten die Behörden das Holz Kaufbewerbern zu Höchstpreisen zu. In alten Dokumenten der Reformationszeit spiegeln sich Nutzungskonflikte, die durch grosses Bevölkerungswachstum verschärft wurden. Der Wald als Weideplatz stand von alters her den Wetzwilern im Berg zur Verfügung, während den Herrlibergern im Tal die Holznutzung zustand. Diese für die Waldpflege verheerende Doppelnutzung hatte formell 1808 ein Ende, als die letzten Waldrechte abgelöst wurden. Noch 1855 musste der Waldboden aber Menschen ernähren: Anteilhabern wurde gestattet, den Hau für ein paar Jahre als Pflanzland zu nutzen, und junge Tännchen wurden hierauf neben Kartoffeln oder Korn gezogen. 1972 hob die Jubilarin die Fronpflicht für ihre heute 42 Anteilhaber auf.
23. An der Zürcher Herbstschau «Züspa» zeigen fast 600 Aussteller Produkte und Dienstleistungen, «fast alles, was ein Mensch irgendwie und irgendwann brauchen kann». Als Gast hat die Eidgenössische Forschungsanstalt für landwirtschaftlichen Pflanzenbau Zürich mit dem Titel «Die Schweiz – ein Grasland» eine Ausstellung aufgebaut. Sie zeigt, wie und wo Gras wächst und welche Sorten von Wiesen es gibt.
24. An seinem Zürcher Wohnort nimmt sich der Schriftsteller, Journalist und Historiker *Niklaus Meienberg* das Leben. Viele betrachteten den Verstorbenen als unbequemen Barden, andere wiederum als «einzigartige Figur». Sein Werk umfasst historische Recherchen, grosse Reportagen, Polemiken, Liebesgedichte und anderes mehr. Breiteren Kreisen bekannt wurde die Aufarbeitung der Lebensgeschichte des ersten der 17 im Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilten Schweizer. Sie wurde später unter dem Titel «Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.» auch verfilmt. Weitere Arbeiten galten dem Hitler-Attentäter Maurice Bavaud («Es ist kalt in Brandenburg») oder – wodurch der Autor in rechtliche Auseinandersetzungen geriet – der Generalsfamilie Wille aus Meilen («Die Welt als Wille und Wahn»).
- 25./26. Abstimmungswochenende: Die Zürcher Stimmberechtigten sprechen sich gegen eine weitere Beschränkung des Luftverkehrs aus und lehnen eine entsprechende Initiative ab (235 531 Nein zu 112 476 Ja). Das Volksbegehren verlangte neben der Begrenzung des Flugverkehrs, Schadstoff- und Lärmemissionen zu reduzieren sowie Nachtflugbeschränkungen auszudehnen. Der Kanton hätte als Flugplatzbetreiber auf Ausbauten zur Kapazitätserhöhung verzichten müssen. Für viele eher überraschend angenommen wird hingegen eine Initiative für ein Vermummungsverbot bei bewilligungspflichtigen Versammlungen, Demonstrationen, oder sonstigen Menschenansammlungen (247 695 Ja zu 100 152 Nein). Keine Chance hatte eine In-

itiative, Ausländern auf Gemeindeebene politische Rechte zu gewähren (262 575 Nein zu 89 752 Ja). Problemlos passieren hingegen zwei weitere Vorlagen: Erhöhung von Bussen von bisher 200 Franken auf bis zu 3000 Franken für Eltern, deren Kinder unentschuldig der Schule fernbleiben (226 089 Ja zu 116 352 Nein) und verschiedene Anpassungen an das Datenschutzgesetz für Einwohnerkontrollen (243 793 Ja zu 74 922 Nein). Die Stimmbeteiligung beträgt 47 Prozent. – In der Stadt Zürich müssen Läden, ausser donnerstags mit Abendverkauf, weiterhin um 18.30 Uhr schliessen (54 392 Nein zu 46 386 Ja). Das Gemeindeparlament wäre mehrheitlich bereit gewesen, die täglichen Öffnungszeiten bis 20.00 Uhr auszudehnen.

28. Die Synode der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich verabschiedet nach einem Gottesdienst in der Sankt-Peter-Kirche Pfarrer *Ernst Meili*, den zu pensionierenden Kirchenratspräsidenten aus Thalwil.

### Oktober 1993

2. In der Zürcher Innenstadt demonstrieren trotz Dauerregen etwa 2000 meist Jugendliche gegen die drohende Räumung der zu Kultur- und Wohnzwecken genutzten Wohlgroth-Häuser. Diese gehören einem Grosskonzern, der anstelle der seit einiger Zeit besetzten Häuser Neubauten realisieren möchte, sich aber bisher zurückhielt, die Gebäude polizeilich räumen zu lassen.
4. Der Kantonsrat will (72 Ja zu 69 Nein) das Verbandsbeschwerderecht von Natur- und Heimatschutzverbänden einschränken, um – so die Postulanten – «dem Missbrauch einen Riegel zu schieben». Das Beschwerderecht sei zum «Baubehinderungs- und -verhinderungsinstrument» verkommen; es werde teilweise als Droh- und Erpressungsmittel missbraucht, und es würden damit Entscheide von demokratisch gewählten Gremien ausser Kraft gesetzt. Die Gegner wiesen darauf hin, dass Kulturgüter und Natur sich nicht selber zu wehren vermöchten. Dieses Recht sei deshalb stellvertretend geschaffen worden, um einen gewissen Schutz für immaterielle Werte zu erreichen. Den Postulanten wird unterstellt, «das bisschen Natur, das im Kanton noch vorhanden ist, zum Abschuss freizugeben und für die nächste Konjunktur einen neuen ungezügelter Bauboom vorzubereiten.»
5. Erneut wird in Zürich ein Brandanschlag auf ein türkisches Lokal verübt. Dabei entsteht erheblicher Sachschaden. In den vergangenen Monaten kam es in Zürich wiederholt zu Anschlägen gegen türkische Läden und Restaurants. Die Polizei vermutet politische Hintergründe im Zusammenhang mit der Kurdenfrage.
7. Das Weinbaumuseum am Zürichsee der Ingenieurschule Wädenswil auf der Halbinsel Au wird erweitert. Der neue Ausstellungsteil befindet sich unter dem Dach des Gebäudes, und was dort gezeigt wird, ist selbst so etwas wie ein Dach über den Zeu-

gen alten Zürichsee-Rebwerks. Schweizer Weingeschichte vom Mittelalter bis heute wird in fünf Etappen dargestellt: Vom Weinkult im Mittelalter führt der Rundgang zum Geschäft um den Wein im 15. und 16. und weiter zu Beispielen barocker Geselligkeit im 17. und 18. Jahrhundert. Am Beispiel des 19. Jahrhunderts erläutert die Schau die Konkurrenz, und am Wein von heute schliesslich wird die Qualität erörtert. Ein wichtiges Kapitel im neuen Teil betrifft den Zusammenbruch der Weinkonjunktur nach 1880 und den sukzessiven Wiederaufbau seit den sechziger Jahren. Beides ist am Zürichsee ausgeprägt und bildet den Hintergrund zum bestehenden Museum.

9. Wohl noch nie in der Geschichte der Uhrmacherkunst standen so viele Menschen für eine so teure Uhr Schlange. Tausende waren es, welche vor dem Sitz einer Grossbank am Paradeplatz in Zürich und acht weiteren Niederlassungen in der Schweiz bis zu 15 Stunden ausharrten, teilweise sogar dort übernachteten. Bei den begehrten Stücken handelt es sich um weltweit auf 12'999 Exemplare limitierte Platin-Swatch-Uhren zu je 2222 Franken.
  
13. Das Bundesgericht heisst den Zürcher Stadtrat, die Unterschutzstellung eines bis 1989 existierenden Kinos im Seefeld auf das Nötigste zu beschränken. Anlass für den Denkmalschutz waren Malereien und Stukkaturen unter einer Verkleidung, welche aus der Bauzeit von 1922 stammen. Dies führte zu einer integralen Unterschutzstellung des an einen griechischen Tempel gemahnenden Gebäudes. Man bezweckte, mit dieser Bauform Bezug zu nehmen auf Häuser etablierter Kultur wie Opernhaus und Tonhalle, um die junge, bisher dem Tingeltangel zugeordnete Kunstgattung Film als ernstzunehmende Kunst darzustellen. Kinonamen wie «Apollo», «Colosseum» oder «Palace» erinnerten ebenfalls daran. Der Schutz umfasst nun nur noch die Innenwände, die Fassaden und das Dach; ein «sorgfältig gestalteter Hofanbau oder Überbau im Rahmen des Baugesetzes» wird nun möglich.
  
15. In Oberglatt wird mit einem Pneukran eine neue, vormontierte, 31 Tonnen schwere, 22 Meter lange und 11 Meter breite Holzbrücke über die Glatt auf Betonverankerungen gesetzt. Die neue Brücke kostet 1,2 Millionen Franken.
  
16. In der Schweiz fliegt der bisher grösste Falschgeld-Coup auf. In einer Dübendorfer Druckerei sind seit vergangenem Sommer zwölf Millionen amerikanische Dollars in falschen Hunderternoten hergestellt worden, die im Ausland abgesetzt werden sollten. Der Druckereibesitzer und vier Mittäter werden verhaftet. Vom Falschgeld, im Jargon «Blüten» genannt, ist noch nichts in Umlauf gebracht worden.
  
16. 800 bis 1000 Personen beteiligen sich in den Zürcher Strassen an einer Kundgebung «gegen die Fremdenfeindlichkeit, gegen die repressive Drogenpolitik und für den Erhalt des Lebens- und Kulturraumes Wohlgroth». – Die bewilligte Kundgebung verläuft ohne Zwischenfälle.

der Winter Einzug. Es zeigen sich weisse Wälder, Felder und Schneematsch auf den Strassen. Oberhalb tausend Meter fallen 12 bis 15 Zentimeter Neuschnee. Es ist dies erst der neunte Schneefall im Kanton im Monat Oktober seit 1931. Am 27. Oktober 1939 wurden auf dem Zürichberg 14 Zentimeter gemessen, die übrigen Male lediglich zwischen einem und fünf Zentimetern.

25. Der Kantonsrat entschliesst sich mit einer Motion (95 zu 19 Stimmen), die Wohneigentumsförderung gesetzlich stärker zu verankern. Anlass ist ihm die Erhöhung der Eigenmietwerte auf Beginn des laufenden Jahres um durchschnittlich 33 Prozent. Diese Massnahme löste bei Hauseigentümern geharnischte Proteste aus. Ihr Verband ficht die Sache auch beim Bundesgericht an. Auf eidgenössischer Ebene wird mit einer Volksinitiative eine Milderung dieser Besteuerungsform angestrebt. Finanzdirektor Honegger äussert Verständnis für die Kritik, weist aber auf rechtliche Rahmenbedingungen hin. Das kantonale Steuergesetz verlange eine Eigenmietwertbesteuerung ebenso wie die Bundesgesetze. Das Bundesgericht habe die relative Höhe ziemlich genau umrissen. Wer etwas ändern wolle, müsse bei diesen Rechtsgrundlagen ansetzen, nicht beim Vollzug. – Mit 72 zu 64 nimmt der Rat ein Postulat an, von Ausländern, die keiner Landeskirche angehören, keine Kirchensteuern mehr zu erheben. Die Betroffenen konnten diese schon bisher zurückfordern, machten aber aus Unkenntnis kaum davon Gebrauch.
27. Die Trümpler AG in Uster gibt bekannt, den Betrieb auf Ende Januar 1994 einzustellen. Der Entscheid sei gefällt worden, weil im letzten wie auch im laufenden Jahr rund drei Millionen Franken verlorengegangen seien. Hauptgründe hiefür seien Überkapazitäten und ruinöse Preise sowie keinerlei Hoffnung, dass sich wieder etwas bessere. Mit der Produktionseinstellung geht die 150jährige Industrietradition des Familienunternehmens zu Ende. 1832 hatten erboste Oberländer Heimarbeiter die Spinnerei und Weberei in Oberuster angezündet, um ihren Verdienst zu retten.
28. Der Regierungsrat wählt Oberstleutnant *Eugen Thomann*, Stabschef der Kantonspolizei, unter gleichzeitiger Beförderung zum Oberst auf den kommenden Sommer zum neuen Kommandanten der 2085 Korpsangehörigen. Er ersetzt Oberst *Baumann*, der pensioniert wird.
30. Ein Tötungsdelikt an einer 20jährigen Pfadiführerin im Zollikerberg erregt landesweites Aufsehen. Als Täter wird bald nach der Tat ein zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilter Doppelmörder ermittelt. Der Sexualtriebttäter genoss zur Tatzeit respektive an diesem Wochenende seinen ersten Hafturlaub und rückte nach Ablauf in die Strafanstalt Regensdorf ein, ohne sich etwas anmerken zu lassen. Die Tat wirft wochenlang grundsätzliche Fragen zur Praxis von Strafurlauben auf und führt dazu, dass diese einstweilen gestrichen bzw. nur noch in Ausnahmefällen erteilt werden.

## November 1993

1. Da in der Toilette eines Bahnwagens der Zürcher Schnellbahn erneut Feuer gelegt wurde, das einen Sachschaden von über einer halben Million Franken verursachte, beschliessen die Bundesbahnen, für einige Zeit mit geschlossenen Toiletten herumzufahren. Seit Anfang Jahr wurden auf dem Streckennetz sieben Brände gelegt. – Ungeachtet der Brandserie wollen die Bundesbahnen aus Sparmassnahmen ab 1994 sukzessive unbegleitete Regionalzüge zirkulieren lassen.
2. Die neusten Zahlen der eidgenössischen Volkszählung von 1990 erfassten auch die Entwicklung bei der Verkehrsmittelwahl: Die Zahl der Zu- und Wegpendler, welche mit dem Auto zur Arbeit oder zur Schule ausserhalb ihrer Wohngemeinde fahren, hat in den letzten zehn Jahren im Kanton Zürich um gegen 37 Prozent zugenommen. An Bedeutung verloren hat das Auto hingegen im Nahverkehr. Viermal grösser ist der Pendlerstrom aus anderen Kantonen in den Kanton Zürich als umgekehrt. Nur 7 Prozent Zürcher arbeiten in einem anderen Kanton. Von den 648 777 Erwerbstätigen sind 47 Prozent ausserhalb ihrer Wohngemeinde beschäftigt.
4. Eine Grossbank ist dabei, am Zürcher Paradeplatz 12 000 Quadratmeter Bürofläche zu räumen und 1600 Arbeitsplätze nach Opfikon zu verlegen. Die Bank verspricht sich von der vorgesehenen Konzentration eine bessere interne Kommunikation. Für die internationale Kundschaft soll zudem die Flughafennähe Vorteile bringen. Zürich dürften durch diesen Umzug rund 5 Millionen Franken an Steuern verlustig gehen bzw. Opfikon zugute kommen.
8. Der Zürcher Zoo hat seine Flussferde an den Tiergarten in Sofia weggegeben und durch Zwergflusspferde ersetzt. Das Bassin in Zürich war – gemäss Zoodirektion – zu klein. Dasjenige am neuen Ort ist nun dreimal grösser. Die nun angeschafften Zwergflusspferde gelten zudem als die mehr gefährdete der beiden Arten und können das Gehege grosszügiger nutzen. Der Zürcher Zoo plant verschiedener Um- und Neubauten wegen weitere Veränderungen im Tierbestand, so beispielsweise auch bei den Eisbären.
13. An einer Pressekonferenz geben der Chef des Oerlikon-Bührle-Konzerns und Stadträtin Koch bekannt, die von Hausbesetzern im Zürcher Stadtkreis 5 eingerichtete «Kultur- und Wohnfabrik» auf dem Wohlgroth-Areal werde abgebrochen. Die Bewilligungen für ein Wohn- und Geschäftshaus seien vorhanden. Es komme jedoch nicht zu einer polizeilichen Räumung. Der Konzern biete eine Alternative in Form einer Übergangslösung in einer leerstehenden Fabrik in Seebach an.
13. Unter dem Titel «Kein Zurück in die soziale Steinzeit» demonstrieren in Zürich 3000 Menschen friedlich «gegen den Lohnabbau sowie für starke Gesamtarbeitsverträge». Auf dem Münsterhof wendet sich die Präsidentin des Gewerkschaftsbundes der Stadt Zürich, Hubmann, an die Kundgebungsteilnehmer. Die Manifestation sei ein sicht- und hörbares Signal an die Öffentlichkeit, an die Behörden und vor allem

an Arbeitgeber und ihre Verbände, «dass wir bereit sind, gemeinsam und solidarisch dafür zu kämpfen, dass unsere Rechte respektiert werden». Viele Arbeitnehmer würden unter Druck gesetzt, eingeschüchtert, entlassen oder zu massiv schlechteren Bedingungen weiterbeschäftigt. Die Wirtschaft saniere sich, indem sie ihre Kosten «auslagere» und auf den Staat überwälze.

15. Im Stadtzürcher Quartier Seefeld sind die Bauarbeiten am China-Garten beendet, den die Partnerstadt Kunming gestiftet hat. Geschenkt sind die Bauten und die Arbeit. Für den Tiefbau musste Zürich selber aufkommen. Inklusiv zusätzlichen Holzes kostet er die Stadt 3,2 Millionen Franken. Der Unterhalt soll nun durch Eintrittsgelder mitfinanziert werden. Obwohl die Eröffnung erst nach der vollständigen Bepflanzung im kommenden Frühling vorgesehen ist, übergibt der Vizebürgermeister der rotchinesischen Stadt das Werk Stadtpräsident Estermann. Die Partnerschaft soll weitergeführt werden, indem Zürich bei der Verkehrsplanung für die Millionenstadt hilft. An den Kosten von zwei Millionen Franken beteiligen sich auch der Bund und der Kanton.
15. Ein Herbststurm mit Böen bis zu 140 Stundenkilometern leitet, verbunden mit einem Temperatursturz von rund zehn Grad, zu neuerlichem Winterwetter über. Schnee fällt teilweise bis in die Niederungen.
17. In Wappenswil lüftet ein Ustermer ein seit sechs Monaten (widerrechtlich) gehütetes Geheimnis: Er hatte auf gezielter Suche in einem Wald ob Adetswil einen römischen Silberschatz, bestehend aus 685 Silbermünzen und sechs Sesterzen aus Messina, entdeckt. Bei den Münzen handelt es sich um gut bis sehr gut erhaltene Denare und Doppeldenare aus dem ersten vorchristlichen bis ins dritte nachchristliche Jahrhundert. Der ganze Fund wiegt über zwei Kilogramm. Die Münzen lagen in einem tönernen Topf in nur 5 bis 25 Zentimetern Tiefe, die Sesterzen in unmittelbarem Umkreis in einer Tiefe von ebenfalls nur 10 bis 25 Zentimetern. Man vermutet, dass das Geld in unsicheren Jahren nach 259 versteckt wurde. Damals stürmten die Alemannen die Befestigungen am Rhein und äscherten römische Städte, Dörfer und Gutshöfe ein. Der entdeckte Schatz könnte etwa dem dreifachen Jahresverdienst eines römischen Soldaten des zweiten Jahrhunderts nach Christus entsprechen. Der aussergewöhnliche Fund erhält nun seinen Platz im Landesmuseum. – Bei Sprengarbeiten entdeckte man in Adetswil bereits 1880 einen mittlerweile verschollenen, zwölf Kilo schweren Schatz, der aus 600 römischen Sesterzen bestand.
18. 200 Kindergärtnerinnen machen mit einem Zug durch die Zürcher Innenstadt auf sich aufmerksam und werben (wie sich später herausstellen sollte, vergebens) bei den Stimmbürgern dafür, bei der bevorstehenden Abstimmung über die Kantonalisierung der Kindergärten ein Ja einzulegen. Mit der Kantonalisierung könnten Ungerechtigkeiten wie unterschiedliche Anstellungsbedingungen und Saläre beseitigt werden. Gerade in Sparzeiten müsse für die Chancengleichheit der 23 000 Kindergartenschüler gekämpft werden. Wie der Direktor des kantonalen Kindergarten-

und Hortseminars betont, sei es aber auch wichtig, dass die Vorstufe endlich als gleichberechtigter Teil der Volksschule anerkannt werde.

20. Die Eidgenössische Technische Hochschule begeht in Zürich ihren 138. ETH-Tag. Professor Jagmetti, Vizepräsident des Ständerates und Lehrer für Staatsrecht an der ETH, findet in seiner Festansprache, seine Hochschule könnte noch mehr zur Bewältigung nationaler Aufgaben leisten, wenn der interdisziplinäre Dialog und die Kommunikation nach aussen verstärkt würden. Der Redner kritisiert im weiteren den «überbordenden Individualismus» in unserem Land. Wenn jeder seine Weltordnung allein bestimme und keine gemeinsame mehr anerkenne, habe das Gemeinwesen Mühe, den Weg in die Zukunft zu finden. Die demokratische Entscheidung verliere gegenüber dem Rechtsschutz an Boden: «Wer unterliegt, setzt das Verfahren fort, und das Bundesgericht ist überlastet, weil ein kantonaler Entscheid nicht mehr akzeptiert wird, auch wenn er vom unabhängigen Verwaltungsgericht stammt.»
20. Bei frostigen Temperaturen demonstrieren in Zürich 1'500 Personen für die «Autonome Kulturfabrik» auf dem Zürcher Wohlgroth-Areal. – Nachdem die Hausbesetzer das Angebot des Oerlikon-Bührle-Konzerns, in eine leerstehende Fabrik in Seebach zu ziehen, ausgeschlagen haben, fordern sie auf ihren Transparenten nun eine Bleibe am bisherigen Standort. Die befürchteten Ausschreitungen bleiben aus und die zahlreich aufgebotenen Stadt- und Kantonspolizisten brauchen bei diesem bewilligten Umzug nicht einzugreifen.
21. In der reformierten Kirche Uster tritt Bundesrat Koller am diesjährigen Ustertag auf. Der traditionelle Anlass erinnert an die Volksversammlung von 1830, die den Anstoss für eine neue demokratische Verfassung im Kanton Zürich gegeben hat. Die schweizerische Konkordanz – so der Magistrat – zeige Abnützungerscheinungen. Der Vorrat an gemeinsamen Grundüberzeugungen der Bundesratsparteien sei seit 1959 zurückgegangen. Die Konkordanz sei eine Produkt der direkten Demokratie. Diese schaffe mit ihren Volksabstimmungen eine einmalige Legitimität für das politische Handeln. Zu Europa meint der Redner, es wäre verfehlt, wegen der beiden verworfenen Abstimmungen zu den Beitritten von Uno und zum Europäischen Wirtschaftsraum abzuleiten, die Schweiz sei unfähig, sich zu integrieren. Was Aussenhandel, Direktinvestitionen und Austausch von Arbeitskräften betreffe, sei die Schweiz das faktisch am besten in Europa integrierte Land. Mit der neuen Alpentransversale übernehme die Schweiz bedeutende Lasten für Europa.
22. Das besetzte Zürcher Wohlgroth-Areal steht vor der Räumung. Einzelne Besetzer ziehen daher aus, andere wieder bringen lediglich ihre Habseligkeiten in Sicherheit und kehren anschliessend wieder zurück. – Zwischendurch rückt, unter Polizeischutz, die Feuerwehr aus, um in umliegenden Strassen in Brand gesetzte Möbel und Pneus zu löschen und wegzuräumen.
22. Bundespräsident Ogi spricht zum 50-Jahr-Jubiläum des Komitees «Pro Flughafen»: Im Flughafen Kloten seien Ausbauten dringend. Der Flugplatz habe bezüglich Ver-

spätungen einen schlechten Ruf. Diese Situation sei «in erster Linie das Resultat eines überdurchschnittlichen Wachstums des Luftverkehrs ohne gleichzeitige Anpassung der Infrastruktur». Es fehlten Standplätze, Rollwege und Überholmöglichkeiten. Mit dem Flugplatz Kloten sei nicht nur das Wohlergehen der Region verbunden, sondern dasjenige der ganzen Schweiz. Die Wirtschaft sei auf die Leistungsfähigkeit angewiesen. Wer zur Welt keine Verbindung habe, werde Provinz. Das könne sich unser Land nicht leisten. Zudem gehe es auch um den Erhalt vieler Arbeitsplätze. Dem Ziel eines effizienten Verkehrssystems komme man nicht näher, wenn man einen Verkehrsträger gegen einen anderen ausspiele.

23. Bei Tagesanbruch umstellt ein Grossaufgebot, bestehend aus 100 Stadt- und Kantonspolizisten, das besetzte Zürcher Wohlgroth-Areal. Zwei Helikopter setzen bewaffnete Grenadiere auf Dächern ab. Die letzten Bewohner ziehen jedoch freiwillig ab, worauf die Polizei vorrückt und die Gebäude durchsucht. Während ein Lastwagen einen Bagger heranbringt, verhöhnen Sympathisanten und Schaulustige hinter den Abschränkungen die Polizisten; die Volksmenge wird alsbald aus zwei Kanonen von Wasserwerfern abgespritzt, was sich noch zwei weitere Male wiederholen sollte. – Schliesslich werden die Abbrucharbeiten vorangetrieben. Gleichzeitig zertrümmert eine Gruppe Vermummter Schaufenster einiger Läden in der Altstadt.
23. Vielbeachteter Medienauftritt von Nationalrat Blocher, Präsident der Sektion Zürich der Schweizerischen Volkspartei. Blocher nimmt Stellung zum «Messerstecher-Inserat». Dieses wurde wegen des Zeitpunktes der Veröffentlichung, der Aufmachung und des Bezugs zum Mord an einer Pfadiführerin im Zollikerberg von breiten Kreisen als geschmacklos empfunden. Dass das umstrittene Inserat nach dem Verbrechen erschienen sei, sei ein «Fehler in der Lagebeurteilung» gewesen. Da der heutige Zustand der zunehmenden Kriminalität und der Zuwachs an Drogensüchtigen den «Linken und Netten» (Sozialdemokraten «und alles was links davon ist») zu «verdanken» sei, sei «nachvollziehbar und belegbar»; man halte deshalb an den Grundaussagen des Inserates fest. Die ganze Inseratenkampagne wird dennoch einen Tag später abgebrochen.
25. Eine unbewilligte Demonstration von Aktivisten und Sympathisanten der gestern abgebrochenen «Autonomen Kulturfabrik Wohlgroth» führt in Zürich zu einem regelrechten Krawall. An mehreren Orten in der Innenstadt demolieren Chaoten Autos und schlagen Schaufenster ein. Eine unbeteiligte Person, von einem Pflasterstein schwer verletzt, wird invalid.
28. Die Stimmberechtigten sind im Kanton Zürich zu sechs Abstimmungsvorlagen an die Urnen gerufen: Praktisch unbestritten bleiben verschiedene Änderungen im Wahlgesetz, so bei brieflicher Stimmabgabe und Stellvertretung. Die Gemeinden erhalten die Möglichkeit, die Öffnungszeiten der Urnenlokale auszudehnen und Alternativ- oder Eventualabstimmungen durchzuführen (245 146 Ja zu 73 387 Nein). – Ein Neubau der Notfallstation des Universitätsspitals bringt es auf 268 194 Ja und 81 622 Nein. – Abgelehnt wird eine Einzelinitiative, die Ladenöffnungszei-

ten wesentlich auszudehnen (208 876 Nein zu 118 125 Ja). Angenommen wird hingegen ein gemässigerer Gegenvorschlag des Kantonsrates (165 698 Ja zu 149 494 Nein); Läden können demnach an Werktagen mit Ausnahme des Samstag abends bis 20 Uhr geöffnet bleiben. Bei der Stichfrage (wenn beide Vorlagen angenommen worden wären) werden 184 322 Stimmen für den (angenommenen) Gegenvorschlag und 102 597 Stimmen für die Initiative eingelegt. – Keine Gnade findet die Vorlage, die Kindergärten und damit die Anstellungsbedingungen der Kindergärtnerinnen analog der Volksschule zu kantonalisieren. Dies hätte den Kanton fortan jährlich 40 bis 45 Millionen Franken gekostet, die Gemeinden jedoch in dieser Grössenordnung entlastet (193 048 Nein zu 142 984 Ja). – Eine Einzelinitiative wollte Videotheken, welche teilweise bis um Mitternacht geöffnet haben, den Ladenöffnungszeiten unterstellen. Das Begehren erringt jedoch nur 158 252 Ja zu 182 560 Nein. Die Stimmbeteiligung beträgt 47 Prozent.

29. Das Obergericht verurteilt einen Chefbeamten der Justizdirektion wegen Amtsmissbrauchs und Begünstigung zu einer bedingten Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Bezirksgericht hatte ihn zuvor freigesprochen. Der Beamte hatte einen israelischen Drogenhändler, der in der Strafanstalt Regensdorf eine langjährige Zuchthausstrafe verbüssen musste, eigenmächtig in sein Heimatland abgeschoben.
30. Baudirektor Hofmann gibt an einer Pressekonferenz die Ergebnisse einer Untersuchung der kantonalen Fachstelle für Bodenschutz bekannt. Danach sind in den Böden bei Kehrrechtverbrennungsanlagen Altlasten an Schwermetallen vorhanden, die auch Nutzungsbeschränkungen nötig machen können. Hingegen sei der Ausstoss heutiger Anlagen kein erheblicher Faktor mehr für die Schwermetallbelastung. Ausgewertet wurden 420 Proben aus der Umgebung aller 11 noch aktiven oder stillgelegten Kehrrecht- und Schlammverbrennungsanlagen.
30. Heute vor 25 Jahren endete der offizielle Dampfbetrieb bei den Schweizerischen Bundesbahnen. Zum letztenmal fuhr damals ein von einer Dampflokomotive mit Baujahr 1916 gezogener Zug von Zürich nach Winterthur. Tausende von begeisterten Zuschauern und Hunderte von Amateurfilmern und Fotografen hatten damals die Strecke gesäumt. Im Bahnhof Töss wurde dem Zug mit Musik ein festlicher Empfang bereitet. Die Lokomotive wurde inzwischen revidiert und hat vor der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik in Winterthur, ihrem «Geburtsort», einen Ehrenplatz gefunden. Sie absolvierte insgesamt 970 000 Kilometer.

## Dezember 1993

1. Der Ständerat wählt 32 Jahre nach Regierungsrat Vaterlaus erstmals wieder einen Zürcher zu seinem Präsidenten. Es ist dies *Riccardo Jagmetti*, Professor für Staatsrecht an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Mitglied der Freisinnig-Demokratischen Partei. Im Quartier Enge wird dem dort aufgewachsenen und immer noch wohnhaften Stadtzürcher ein festlicher Empfang bereitet.

2. Das Bundesgericht hebt die Schutzverordnung für eine alte Häusergruppe am Kreuzplatz in Zürich auf. Es schützt damit einen Entscheid des Verwaltungsgerichts und weist Beschwerden von Stadtrat und Heimatschutz ab. – Im Zentrum der Auseinandersetzungen um die 16 Häuser steht eine Kehrtwendung des Stadtrates: 1985 hatte dieser beschlossen, auf die Unterschutzstellung zu verzichten. Dennoch erliess er 1990 eine Schutzverordnung. Grundlage bildete ein Gutachten, das die verschachtelte Handwerker- und Tagelöhnersiedlung aus dem 18. und 19. Jahrhundert als wichtigen Zeugen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte würdigte. Das Bundesgericht bestreitet nun den überregionalen Wert. Zudem sei der Entscheid von 1985 «in einem gesetzlich vorgesehenen, qualifizierten Verfahren» ergangen, weshalb die Rechtssicherheit vor der Verwirklichung des objektiven Rechts Vorrang habe.
  
3. Erziehungsdirektor Gilgen nimmt im Rathaus kulturelle Auszeichnungen vor. Während die privaten Förderungsgelder an Kulturschaffende der Rezession wegen zurückgegangen seien, habe der Kanton seine Kulturförderungskredite durch alle Sparübungen hinüberretten können. So erhalten denn 13 Kulturschaffende Ehrengaben und Förderungsbeiträge in der Höhe von zusammen 180 000 Franken. Die Goldene Ehrenmedaille erhält Bruno Giacometti für seine vielfachen Verdienste als Kulturförderer. Wie Regierungsrat Gilgen in seiner Ansprache ausführt, liessen sich die Zürcher Kulturschaffenden von den schwieriger gewordenen Bedingungen nicht entmutigen. Viele Gruppen fänden neue Wege, ihre Kräfte in gemeinsamen Projekten zusammenzulegen. Notwendig sei auch die Solidarität zwischen etablierten und alternativen Institutionen, wie sie sich an der Stadtzürcher Gessnerallee bewährt habe.
  
4. Das Spital Richterswil feiert sein 100jähriges Bestehen. Aufgrund des mit einer Volksabstimmung gutgeheissenen Verkaufs an den Paracelsus-Bauverein stehen ihm die Schliessung und die Neugründung auf anthroposophischer Grundlage bevor. – Das «Krankenasyll Richtersweil» wurde eigentlich schon vor 115 Jahren gegründet, befindet sich nun aber seit 100 Jahren am jetzigen Standort. Aufgenommen zu einer Tagespauschale zwischen 80 Rappen und 4 Franken wurden damals Kranke, «die daheim die nöthige Ruhe und Verpflegung nicht finden können, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, des Bürgerrechts, des Standes, Vermögens und Alters». Ausgeschlossen waren Blatternkranke, Krätzige, Syphilitische, Wahnsinnige und Gebärende.
  
9. Zürcher Polizeigefängnisse sind einmal mehr überfüllt. Die Kantonspolizei verfügt deshalb wieder einmal einen Aufnahmestopp, ausser «wenn wegen der Schwere des Delikts keine andere Lösung zu verantworten ist». Die Massnahme löst bei den Polizeiverbänden kritische Reaktionen aus: Der Mangel an Gefängnisplätzen behindere den Kampf gegen den Drogenhandel, halten sie in einem Communiqué fest. In Übereinstimmung mit den Verbänden schlägt die Kantonspolizei deshalb vor, auf dem Rasen des Kasernenareals ein Gefängnisprovisorium in Form eines bewachten und umzäunten Containerdorfes einzurichten. Die 67 Zellenplätze in der Polizeika-

serne und im Kriminalpolizeigebäude sind im laufenden Jahr an 225 Tagen mit bis zu 125 Häftlingen überbelegt gewesen. Auch die Bezirksgefängnisse sind notorisch überbelegt. Die Platznot wird durch Ausschaffungshäftlinge zusätzlich verschärft. Viele können fehlender Reisedokumente wegen nicht sofort ausser Landes gebracht werden.

9. Auf der Zürcher Rathausbrücke nehmen etwa 300 Frauen am Vorabend des Internationalen Menschenrechtstages an einer Kundgebung teil. «Frauen wehren sich gegen Gewalt und Krieg» ist das Thema der Manifestation; die Rednerinnen sprechen über die Situation der Frauen in Ex-Jugoslawien, über alltägliche Gewalt gegen Frauen und über die Diskriminierung von Ausländerinnen in der Schweiz.
9. Losgerissene und gesunkene Boote, umgestürzte Bäume, Stromunterbrüche und demolierte Autos sind die Folge eines nächtlichen Sturms mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 125 Stundenkilometern, verbunden mit einem markanten Temperaturanstieg. – Die Reparaturen werden noch Tage beanspruchen.
10. Die Kantonspolizei tritt erneut mit einer Verlautbarung an die Öffentlichkeit: Sie verrichte gegenwärtig Arbeit «gegen Windmühlen». Von 91 vor einigen Tagen bei einer Razzia gegen den Drogenhandel in Zürich Verhafteten sassen nur noch 29 in Untersuchungshaft. Einige seien ausgeschafft und der Rest angesichts überfüllter Gefängnisse freigelassen worden, auch solche, die den Untersuchungsbehörden zugeführt gehörten. Unter den Delinquenten befanden sich Leute aus zwölf Ländern, namentlich Libanesen, Palästinenser, aber auch Schweizer. Die meisten hielten sich illegal hier auf oder hatten keine Ausweispapiere. Die sichergestellten Corpora delicti bestehen aus Heroin, Kokain, rund 250 000 Franken, daneben gestohlene Waren und Waffen wie beispielsweise kugelschreiberähnliche Faustfeuerwaffen.
11. Die Primarschulpflege Rüti entlässt nach einem stützenden Entscheid des Erziehungsrates nach einem über ein Jahr schwelenden Konflikt eine dem Verein für Psychologische Menschenkenntnis angehörende Lehrerin fristlos. Aus rechtlichen Gründen werden keine Einzelheiten bekanntgegeben. Im Herbst vergangenen Jahres wollten sich Eltern von sechs Schülern weigern, der Lehrerin ihre Kinder zum Unterricht zu geben.
11. Annähernd 600 meist junge Leute demonstrieren in Zürich gegen die in letzter Zeit erfolgte Räumung besetzter Häuser, «gegen die Ausgrenzung von Randgruppen», die «repressive Drogenpolitik» und anderes mehr. Ein Grossaufgebot von Polizisten begleitet den bewilligten Umzug; sie werden mit Beleidigungen eingedeckt und mit Schneebällen beworfen. Sachbeschädigungen bleiben aus, da die Organisatoren eindringlich zur Gewaltlosigkeit aufgerufen haben.
12. Das Bundesgericht verpflichtet einen in Zürich lebenden Inder dazu, jeweils mit einem Helm Motorrad zu fahren. Der Sikh hatte nach einer entsprechenden Busse bis ans höchste Schweizer Gericht rekurriert, weil seine Religion es ihm verbiete,

das Haupt in der Öffentlichkeit zu entblößen. Über dem Turban könne er jedoch keinen Helm tragen. Das Helmobligatorium diene nicht öffentlichem Interesse, sondern lediglich dem Selbstschutz. Das Bundesgericht widerspricht dem Rekurrenten vollumfänglich.

13. Ein Rebbauer in Dättlikon verkündet, aus «reiner Liebhaberei» 150 Liter Strohwein zu 141 Öchslegraden gepresst zu haben, was für unsere Gegend als grosse Seltenheit gilt. Alte Öchslewaagen reichen oft nur bis 100 oder 110 Grad. Strohwein entsteht aus Trauben, die man nach der Lese antrocknen lässt, sei es auf Stroh, aufgehängt an Wäscheleinen, oder wie hier in Gitterkistchen gelagert und Zugluft ausgesetzt.
15. Wie schon zwei Tage zuvor macht nochmals ein Rebbauer mit einem ausserordentlichen Strohwein von sich reden: In Regensberg gelingt das Kunststück, 200 Liter Strohwein von 175 Öchslegraden zu pressen. Dieses Mostgewicht war nicht mehr mit konventionellen Messgeräten zu ermitteln, sondern musste vom kantonalen Labor gemessen werden.
16. «Gassenzimmer» («Fixerräume», wo sich Drogensüchtige Spritzen verpassen können) stellen nach Auffassung des Regierungsrates keine Verletzung klaren Rechts dar, wenn die Drogenabhängigen dort auch ärztlich betreut werden. Damit hebt die Regierung eine Weisung des Bezirksamtes Zürich auf; dieser hatte 1992 verlangt, nach einer Aufsichtsbeschwerde der Schweizerischen Volkspartei, die «Gassenzimmer» in Zürich zu schliessen. Dagegen hatte die Stadt mit aufschiebender Wirkung rekuriert. Der Bezirksrat hätte, wie der Regierungsrat ausführt, aufsichtsrechtlich gegen die Stadt nur vorgehen dürfen, wenn eine «Verletzung klaren Rechts» vorgelegen hätte.
17. Die eidgenössischen Parlamentarier erleben einen ungewöhnlichen Sessionsschluss: Sie werden vor dem Bundeshaus von 200 Schülern aus dem Stadtzürcher Kreis 5 empfangen. Mit Transparenten und Flugblättern bitten sie: «Helft uns» oder: «Wir schreien um Hilfe und wollen, dass es in unserem Quartier wieder so wird, wie es einmal war.» – Die 12- bis 16jährigen Jugendlichen werden hierauf im Foyer des Bundeshauses von der Nationalratspräsidentin und dem Ständeratspräsidenten empfangen und erhalten Gelegenheit, über ihre Ängste im Quartier und auf dem Schulweg zu berichten. Sie erhielten von Drogenhändlern Haschisch, Kokain und Heroin zum Kauf angeboten. Schülerinnen erzählen, dass sie von Freiern angemacht würden. Nationalratspräsidentin Haller versichert den Jugendlichen, man nehme ihre Ängste im Bundeshaus ernst; eine kontrollierte Drogenabgabe könnte wohl die Situation entschärfen.
18. Die Eidgenössische Forschungsanstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil kann zusammen mit der benachbarten Ingenieurschule aus einem Nachlass für 100 000 Franken eine kostbare Bibliothek erwerben. Sie umfasst 1157 Bände über die Gebiete Obstsorten-, Weinreben- und Zitrusfrüchtekunde.

18. Inszeniert durch ein englisches Team, finden dieser Tage im Zürcher Hallenstadion sechs monumentale Aufführungen von Georges Bizets Oper «Carmen» statt. – Alle Vorstellungen zu 10'000 Besuchern sind praktisch ausverkauft.
19. Obwohl das Zürcher Stimmvolk neulich die Ausdehnung der regulären Ladenöffnungszeiten auf den Sonntag abgelehnt hat, sind heute, «animiert» durch die benachbarten Rapperswil und Uznach, Geschäfte in Dürnten, Hinwil, Rüti, Uster und Wetzikon geöffnet. Die Gemeindebehörden konnten diese Bewilligungen erteilen, weil sie dazu in einer Ausnahmebestimmung des Gesetzes über die Ruhetage und Ladenöffnungszeiten ermächtigt sind. Die Bestimmung wurde allerdings noch nie in diesem Umfang angewandt. – Das Gewerbe erhoffte sich von diesem verkaufsoffenen Sonntag eine Umsatzsteigerung und berief sich auf Kundenwünsche. Der Einkaufsrummel hält sich jedoch in Grenzen.
19. In der Winterthurer Altstadt demonstrieren bewilligterweise rund 400 Personen gegen die von der Polizei durchgeführten Razzien nach Haschisch und dabei erfolgte Übergriffe. Die Manifestanten fordern eine Untersuchungskommission und kritisieren zwei namentlich genannte Polizisten und den städtischen Polizeivorstand. Zuvor wurde «das ruppige Vorgehen» bereits im Stadtparlament mehrheitlich als «unverhältnismässig» taxiert.
20. Wie in den Zeitungen zu lesen ist, missachtet der Gemeinderat Fischenthal ein Urteil des Verwaltungsgerichtes und fällt mit einem Überraschungscoup auf: Er liess eine vom kantonalen Tiefbauamt unbewilligt in ein Flachmoor von nationaler Bedeutung gelegte Gemeindestrasse teeren. Die Behörde beruft sich dabei auf eine Absprache mit der zuständigen kantonalen Stelle, was von dieser jedoch bestritten wird.
21. Ein heftiger Wind mit Spitzenwerten bis zu 150 Stundenkilometern knickt und entwurzelt im Kanton Zürich unzählige Bäume. Verletzt wird niemand, doch kommt es im morgendlichen Strassen- und Bahnverkehr zu Kolonnen, Umleitungen, Unterbrechungen und Verspätungen.
22. Mit 93 zu 71 Stimmen beschliesst der Kantonsrat unter Namensaufruf, den Staatssteuerfuss für die Jahre 1994 bis 1996 gegen den Willen der Regierung nicht um 3 Prozent zu erhöhen. Einwände gegen eine Steuerfusserhöhung waren etwa, eine Erhöhung verschlechtere die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, sei nicht nötig und setze für die Verwaltung das falsche Signal, oder gar, das Geld würde so «feucht und fröhlich» ausgegeben. Auf der befürwortenden Seite wurde darauf hingewiesen, die Budgetdebatte habe keine Alternativen aufgezeigt oder das Budget zeige schlicht keinen Spielraum mehr auf. – Finanzdirektor Honegger kündigt nun an, jetzt würden zusätzliche harte Sparmassnahmen aktuell. Dazu zählten Gemeindebeiträge und Investitionen. Der Voranschlag geht nun statt von einem Fehlbetrag von 330 Millionen von einem um 90 Millionen Franken schlechteren Ergebnis aus.

23. Eine holländische Brauerei, welche mit jährlich 53,7 Millionen Hektolitern Bierausstoss und einem Umsatz von 6,8 Milliarden Franken weltweit als zweitgrösste gilt, übernimmt die in Winterthur ansässige traditionsreiche zweitgrösste Brauerei der Schweiz. Diese tat sich vor einigen Jahren ihrerseits mit derjenigen in Chur zusammen, bekundete jedoch in letzter Zeit Finanzprobleme. – In Luzern zeigt man sich über diesen Handel düpiert, hatte die dortige Brauerei doch ein schriftlich abgesegetes Vorkaufsrecht; ein Rechtsstreit scheint sich anzubahnen.
23. In Dägerlen verabschiedet man sich von einer alten Tradition. Bis vor kurzem gingen mehrere Weibel und bis vor einigen Jahren eine Bewohnerin 60 Jahre lang von Haus zu Haus und überbrachten der Bevölkerung Einladungen zur Gemeindeversammlung, Abstimmungsunterlagen, Steuerrechnungen und dgl. Dazu unterrichteten sie, indem sie Abdankungsanzeigen vorzeigten, die Dorfgenossen über Todesfälle. – Dies wird nun aufgegeben, weil es von Neuzuzügern nicht mehr verstanden oder gar als komisch empfunden wird; die Todesanzeigen werden fortan in einem Schaukasten aufgehängt.
24. Wer sich in Zürich einbürgern lassen will, erhält künftig keinen Besuch mehr von einem Mitglied der Bürgerrechtskommission des Gemeinderates; die Kommission beschliesst, ab sofort auf diese Hausbesuche sowie auf die staatskundliche Prüfung zu verzichten. Sie zieht damit die Konsequenzen aus einem juristischen Gutachten. Dort heisst es, die Besuche seien «unverhältnismässig»; es gebe hierfür keine gesetzliche Grundlage. Die beiden Professoren äussern zudem «verfassungsrechtliche Bedenken» und bezeichnen den Hausbesuch als «Eingriff in die Privatsphäre». Zudem sei es Sache des Stadtrates, die Eignung der gesuchstellenden Person «umfassend zu prüfen». Die Bürgerrechtskommission sei schliesslich gemäss Gemeindegesetz nicht befugt, eine staatskundliche Prüfung durchzuführen. Hingegen bleibt es der Kommission unbenommen, einbürgerungswillige Gesuchsteller vorzuladen.
24. «Weisse Weihnachten»: wenig Sonne, dafür – in höheren Lage erheblicher – Schneefall. Im Mittelland beträgt die Schneehöhe einen bis fünf Zentimeter.
25. In Zürich stirbt 88jährig der Plastiker und Bildhauer *Otto Müller*. Der gebürtige Thalwiler, aus einer bedrängten Arbeiterfamilie stammend, lebte seit 1933 in Zürich. 1985 ehrte ihn die Stadt Zürich mit dem Kunstpreis. Der Verstorbene schuf viele Werke für die Öffentlichkeit, so beim Zürcher Völkerkundemuseum, beim Technikum Winterthur, den Andachtsraum in der Handelshochschule St. Gallen, oder die «Frau Welt» beim Universitätsspital.
26. Skifahren, Schlitteln und Langlaufen sind nun auch in der Region Zürich möglich. In den höheren Lagen liegen 30 bis 50 Zentimeter Schnee, andernorts noch rund 10 Zentimeter. Die «weisse Pracht» mit gespurten Loipen und in Betrieb stehenden Skiliften ist naturgemäss mit etlichen Verkehrsunfällen auf vereisten Fahrbahnen verbunden.

31. In einer ausgedienten Fabrikhalle enden in Zürich Oerlikon nach zweieinhalb Jahren die sehr erfolgreichen Aufführungen des Musicals «Cats». Die 940 Vorstellungen vermochten mit einer durchschnittlichen Belegung von 70,8 Prozent rund 955 000 Besucher anzuziehen. Die mit den Vorstellungen verbundene zonenwidrige Nutzung einer Industriezone verlangte von den Behörden aus baurechtlichen Gründen eine Sonderbewilligung und mehrere Verlängerungen ab. Dies führte zu Konflikten zwischen dem Theaterdirektor und dem zuständigen Bauamt, das «das Prinzip rechtsgleicher Behandlung eindeutig verletzt sah» und deshalb jeweils erst unter dem Druck von Gemeinderat, Stadtrat und Öffentlichkeit nachgab.

## Januar 1994

5. Die Zürcher Strafverfolgungsbehörden verzeichnen einen finanziell einträglichen Erfolg: Nach umfangreichen Ermittlungen konnten sie auf Konten von zwei Genfer Banken gegen 5 Millionen Franken beschlagnahmen. Das Geld stammt von einem von einer kalabresischen Verbrecherorganisation kontrollierten Haschischhändlerring. Diese sollen wöchentlich bis zu fünf Tonnen dieses Rauschgifts von Marokko nach Europa geschafft haben. Bereits im Sommer 1992 hatten die Behörden in diesem Zusammenhang in einer Privatwohnung im Limmattal Bargeld und Goldschmuck im Wert von 4,5 Millionen Franken sicherstellen können. Sowohl das in Genf beschlagnahmte Geld wie auch die bei Zürich sichergestellten Werte sollen jetzt der Zürcher Staatskasse zufließen.
7. Im Stadtzürcher Wahlkampf entstehen Auseinandersetzungen um ein Inserat der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Dieses zeigt mit einer Grafik die Kriminalstatistik der Jahre 1988 bis 1992 auf und belegt einen [vermeintlichen] Anstieg der Kriminalität mit der Folgerung «Das haben wir den Linken und den Netten zu verdanken – mehr Kriminalität». Überprüfungen ergeben dann allerdings, dass die Kriminalität nicht gewachsen ist. Die Sozialdemokratische Partei reagiert ungehalten über «die pauschale Schuldzuweisung an die Linke» und fordert den Stadtratskandidaten der SVP auf, sich zu distanzieren. Andernfalls lasse man gemeinsame Veranstaltungen platzen, was denn auch geschah.
7. Der Regierungsrat nimmt Stellung zum Wirbel um ein angeblich «mysteriöses Überwachungsflugzeug der Kantonspolizei» respektive eine entsprechende parlamentarische Anfrage. Auf dem Flugplatz Kloten stehe tatsächlich ein einsatzbereites Flugzeug, das fallweise gemietet, von Kantonspolizisten pilotiert und ausschliesslich zur elektronischen Peilung bei Fahndungen «in Fällen von Schwerestrafkriminalität» verwendet werde. Zudem brauche man es zum Aufspüren von Störquellen, welche die empfindlichen Funknetze der Polizei beeinträchtigten. Seit 1990 seien 153 Einsätze erfolgt. Diese hätten bisher 200 000 Franken jährlich gekostet, ein günstiges Verhältnis zum Nutzen.

7. Wie Messungen ergeben haben, litt der Pfäffikersee 1993 bedeutend weniger unter Atemnot als noch ein Jahr zuvor. Dennoch bleibt vorderhand ungewiss, ob dies auf die neue Zirkulationsunterstützung mit Sauerstoff zurückzuführen ist. Die Frage, ob der Pfäffikersee eine «künstliche Beatmung» braucht, war lange umstritten gewesen. Schliesslich gab der Regierungsrat im Winter 1992/93 750 000 Franken hierfür frei.
10. Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates ist mit dem (künftigen) Schnellbahnangebot im Tösstal zufrieden und schreibt drei (fördernde) Postulate von Sozialdemokraten, Grüner Partei und Landesring mit 79 zu 45 Stimmen ab. Mittelfristig sollen durch das Tösstal dennoch durchgehende Züge zwischen Rapperswil und Winterthur im Stundentakt und zusätzliche, halbstündlich versetzte, auf dem Abschnitt Winterthur–Bauma verkehren. Die separate Zugverbindung zwischen Wald und Rüti soll aufgehoben werden.
13. Bundesrat Koller hält anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Schweizerischen Juristenvereins einen Vortrag an der Universität Zürich. Die Juristen hätten eine grosse Verantwortung dafür, dass die Rechtsetzung nicht von politischen Stimmungen überrollt werde. Das Recht müsse ein Damm sein gegen die Fluten von populistischen Schlagwörtern, die gesetzgeberische «Schnellschüsse» als Heilmittel anpriesen. Insbesondere in Bereichen wie der Ausländer- und Asylpolitik, die politisch grosse Emotionen weckten, müssten Juristen dafür sorgen, dass grundrechts- und völkerrechtskonformes Recht entstehe. Es gelte zu vermeiden, dass die Schweiz in eine von den Medien angeheizte «Stimmungsdemokratie» abgleite. Das Recht müsse immer wieder in einem demokratischen Verfahren erstritten werden. Demokratisch gefällte Mehrheitsentscheide müssten dann aber befolgt und durchgesetzt werden.
13. In den Züspa-Hallen in Zürich Oerlikon herrscht für vier Tage Ferienstimmung. Die Publikumsmesse für Ferien, Reisen, Foto und Sport lockt mit touristischen Angeboten aus der ganzen Welt. An der Ausstellung sind 60 Länder, 726 Aussteller aus allen Kontinenten, über 100 Ferienregionen, über 200 Reiseorganisatoren, 34 Fluglinien, 30 Bahnen, 57 Reedereien und über 20 Hotelgruppen vertreten. Es werden rund 60 000 Besucher erwartet, welche sich dort über alles informieren können, was Urlaubszeit und Freizeitgestaltung angeht, von der Mongolei bis Appenzell, von Tonga bis zu den Liparischen Inseln.
14. In Zürich demonstrieren 600 Kinder der Unterstufe und der Kindergärten aus dem Kreis 5 mit Transparenten gegen das Drogenelend rund um ihre Schulhäuser. Die Schüler rufen die Passanten auf, ihnen endlich zu helfen. Hierauf nehmen sie das Stadthaus in Beschlag und verwandeln das Foyer in ein grosses Schulzimmer. – Schliesslich fordert Schulvorstand Wehrli an einer Pressekonferenz Massnahmen per Notrecht. Stadtrat Wehrli möchte Zonen bezeichnen, die Drogenhändler nicht betreten dürfen.

15. Die Kirchenratskanzlei teilt mit, dass es – im Gegensatz zur Römisch-katholischen – in der Evangelisch-reformierten Landeskirche vom kommenden Sommer an 17 Pfarrstellen weniger geben werde. Die Aufhebung der Stellen geht nicht allenthalben reibungslos, sondern da und dort mit einigem Gepolter von statten. Arbeitslose Pfarrer – eine jahrzehntelang undenkbare Gegebenheit droht Wirklichkeit zu werden. Es wird erwartet, dass der Trend in den nächsten Jahren anhält. Unter der Pfarrerschaft herrscht deshalb Unruhe. Der Abbau liegt nicht in Sparmassnahmen, sondern im Rückgang der Gläubigen begründet. 1982 gehörten noch 601 789 Personen zur reformierten Landeskirche; heute sind es noch 554 520. Etwa die Hälfte des Rückgangs ist auf Austritte und in viel geringerem Masse auf Übertritte zu anderen Kirchen zurückzuführen. Die andere Hälfte sind Wegzüge und Geburtenrückgänge. Heute gehören 83,5 Prozent der Kantonsbevölkerung einer der drei öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen an; davon sind 49 Prozent protestantisch.
15. Über tausend Personen demonstrieren in Zürich gegen den Krieg in Bosnien. Die Organisatoren, unter anderem der bosnische Botschafter, rufen die Schweizer Öffentlichkeit auf, dem Völkermord nicht länger tatenlos zuzuschauen.
17. Mit 114 gegen 19 Stimmen heisst der Kantonsrat einen 17,4-Millionen-Kredit für den Bau eines Ausschaffungsgefängnisses auf dem Flughafenareal in Kloten gut. Es sollen dort 108 Ausländer Platz finden, die entweder bei der Einreise verhaftet wurden oder ausgeschafft werden sollen. Mit 127 gegen 15 Stimmen bewilligt der Rat auch 9 Millionen Franken, um damit das Bezirksgefängnis Dielsdorf um 23 Plätze zu erweitern.
18. Der sozialdemokratische Winterthurer Kantons- und Gemeinderat Schürch soll mit 120 Franken dafür gebüsst werden, dass er bei der Debatte über die Haschischrazzien im Stadtparlament dazu bekannt hatte, «auch nette Menschen wie er rauchten gelegentlich Haschisch». – Zum Entsetzen vieler Parlamentarier verdeutlichte er dies noch, indem er dem verdutzten Plenum ein Säcklein Haschisch entgegenhielt. «Zur Beruhigung der Situation» bezüglich der Razzien werden, wie der städtische Polizeivorstand bekanntgibt, zwei namentlich kritisierte Zivilbeamte der Stadtpolizei im Dienst versetzt.
19. Durch die Kantonsarchäologie vorgenommene Notgrabungen in Fällanden erhärten bisher unsichere Erkenntnisse der Mittelbronzezeit-Forschung. Es könnten erstmals die Ergebnisse eines Reihengrabfundes der vierziger Jahre in Weiningen bestätigt werden. Als Glanzstück der Grabung gilt ein perfekt erhaltenes Beil, «dessen Klinge aggressiv nach oben gerichtet war». Im weiteren traf man zwischen parallel laufenden Steinreihen auf bronzezeitliche Kremationsreste aus dem 9. Jahrhundert vor Christus, die auf ein Steinbett gelegt worden waren, sowie weitere Brandgräber. In einem dieser Gräber fand sich eine 30 Zentimeter lange, reich verzierte Gewandnadel aus dem 15. Jahrhundert vor Christus.

20. Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich fordert den von einer linksalternativen Gruppe zur Wahl als Stadtpräsident vorgeschlagenen «Andreas Müller 2» auf, seine Jux-Kandidatur zurückzuziehen. Politische Auseinandersetzungen sollen um Personen, nicht um Namen geführt werden. Zudem schade diese Kandidatur auch dem amtierenden Stadtpräsidenten. Sie richtet sich namentlich gegen den von den bürgerlichen Parteien portierten Kandidaten gleichen Namens. Diese Parteien werfen denn auch den Sozialdemokraten vor, «sich nur halbherzig und verzögert» von diesem Störmanöver distanziert zu haben.
24. Regierungsrat Leuenberger, Direktor des Innern, spricht ein «Machtwort» und klärt die Verwirrung um die beiden als Stadtpräsident von Zürich kandidierenden «Andreas Müller»: Auf «Andreas Müller» lautende Stimmen seien gültig und würden dem seit längerem bekannten Kandidaten der bürgerlichen Parteien zugerechnet. Stimmen für einen anderen Kandidaten gleichen Namens müssten eine Opposition aufweisen. Der zweite «Andreas Müller» sei offensichtlich nur portiert worden, um ungültige Stimmen zu provozieren.
26. Die Zellweger-Luwa-Gruppe in Uster sieht sich veranlasst, von den gegenwärtigen 800 Arbeitsplätzen im hoch defizitären Textilbereich bis Mitte 1994 200 aufzuheben. Rund 180 Arbeitnehmern wird gekündigt. Der betroffene Bereich erzielte bisher einen Drittel des Konzernumsatzes. Die Belegschaft war bereits in den Jahren 1991 bis 1993 von 1600 auf 1200 verkleinert worden. 1970 bestanden in Uster sogar noch 3000 Arbeitsplätze. Die Ertragslage ist, wie der Konzernchef verlauten lässt, «katastrophal»: 40 Millionen Franken Betriebsverlust bei einem Umsatz in diesem Bereich von 238 Millionen.
26. Der chinesische Parlamentspräsident stattet Zürich einen kurzen Besuch ab. Nach der Besichtigung der Chagall-Fenster im Fraumünster lassen sich der kommunistische Funktionär und sein 55köpfiger Begleittross durch die Börse führen. Ein geplanter Besuch bei der Eidgenössischen Technischen Hochschule wird aus Zeitgründen gestrichen. Schliesslich huldigen Vertreter der Kantons- und der Stadtregierung dem Gast mit einem Empfang im Rathaus. – In gebührender Distanz demonstrieren dennoch etwa 80 Tibeter gegen die nicht gerade zimperliche chinesische Besatzungsherrschaft in ihrer Heimat.
27. Der Zellennotstand im Kanton Zürich löst Gefängnisbauten in Serie aus. Sieben Projekte mit 400 neuen Plätzen sind derzeit im Bau, bewilligt, beantragt oder geplant. In den Zürcher Gefängnissen gibt es zurzeit 900 Plätze. Bevorstehende Projekte sind nebst den bereits vom Kantonsrat bewilligten 131 Plätze in Kloten 138 Plätze in Rheinau und zusammen 80 in Regensdorf und Pfäffikon. – Seit 1991 kommt es immer wieder zu Notentlassungen und Verhaftungsstopps, was nicht nur die polizeilichen Aktivitäten gegen den Drogenhandel behindert, sondern auch verheerende Folgen auf die öffentliche Meinung hat.

28. An der Universität Zürich ist die Studentenzahl im laufenden Semester um fast zehn Prozent von 21 137 auf 19 129 zurückgegangen. Als Gründe macht man Studierende, die ihr angefangenes Studium aufgegeben haben, einen spürbaren Rückgang im Nachdiplombereich und die Erhöhung der Kollegiengeldpauschale aus.
28. Die Regionen Winterthur, Oberland und Säuliamt werden einmal mehr von einer stürmischen Nacht heimgesucht. Begleitet von Blitz und Donner, finden sich Dutzende von geknickten und entwurzelten Bäumen, aber auch heruntergerissene Stromleitungen; ein Abschnitt der Schnellbahn muss im Oberland für einige Stunden eingestellt werden.
28. Zürcher Eltern haben ein Anrecht darauf, ihre Kinder ohne Transportkosten den Kindergarten besuchen zu lassen. In diesem Sinn entscheidet das Bundesgericht einstimmig einen Streitfall aus der Gemeinde Egg. Die Schulgemeinde hatte ihre Autonomie verletzt gesehen, weil ihr der Regierungsrat vorgeschrieben hatte, Kindergartenschüler von einem abgelegenen Weiler abzuholen. Die Unentgeltlichkeit des Kindergartenbesuchs werde im Gesetz klar festgelegt. Ebenso zwingend müsse folglich auch der Transport dorthin kostenlos sein, ob mit einem Schulbus oder gegen Entschädigung durch Eltern selber organisiert, bleibe dahingestellt.
29. Das Obergericht hatte in einem Pilotprozess eine Mietzinserhöhung der Stadtzürcher Liegenschaftenverwaltung als missbräuchlich bezeichnet. Dies bestätigt nun auch das Bundesgericht und weist eine Berufung der Stadt Zürich ab. Die Stadt hatte 1991 für ihre fast 3000 nichtsubventionierten Wohnungen eine neue Mitzinsberechnung eingeführt. Das Kostenmietemodell führte zu teils massiven Mietzinsaufschlägen. Etwa 180 Mieter erhoben Einspruch, doch einigte sich die Stadt bis auf drei dutzend Fälle. Die Stadt hatte geltend gemacht, sie erziele auch durch die Erhöhungen keinen Gewinn, sondern wolle lediglich die vollen Kosten decken.
30. Kälte und leichter Schneefall verwandeln diese Nacht einzelne Strassen im Kanton Zürich zu Eisbahnen. Dabei ereignen sich 68 der Polizei gemeldete Verkehrsunfälle, bei denen 97 Autos beteiligt sind.
31. Nach einer schweren Operation stirbt der hoch ob Hütten, dem südlichst gelegenen Dorf im Kanton Zürich, wohnhaft gewesene Kunstmaler *Karl Iten* 72jährig. Mit ihm starb – so ein Nachruf in der Regionalzeitung – «ein grosser Künstler und ein grosser Mensch, dessen Seele tief im Boden und im Geist seiner Heimat verwurzelt war. In vielen Stuben am Zürichsee und weitherum hängen seine farbenfrohen und tiefgründigen Gemälde, Freude und Trost spendend».
31. Für Regierungsrat Gilgen ist Gewalt «eine Kriegsgeschwulst der Gesellschaft» und Gewalt in der Schule «eine besonders böartige Form». – Diese Äusserungen des Erziehungsdirektors fallen in einer kantonsrätlichen Debatte über Gewalt in der Schule im Rahmen eines Postulates von zwei Schweizer Demokraten. Diese verlangten «Massnahmen, um der Gewalt unter den Schülern an der Volksschule zu bege-

nen». Die Regierung ist jedoch nicht bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen. Präventive und konfliktvermindernde Massnahmen seien bereits eingeleitet, ausserdem werde sich eine interdisziplinäre Fachkommission mit weiteren befassen. Nach vergleichbaren ausländischen Ermittlungen sollen durchschnittlich etwa 15 Prozent aller Schüler als Täter oder Opfer in die Problematik verwickelt sein; auf den Kanton Zürich umgerechnet, wären dies etwa 15 000.

## Februar 1994

5. Das Amt für Luftverkehr veröffentlicht den Jahresbericht 1993: Im Berichtsjahr sind auf dem Flugplatz Kloten 13,5 Millionen Passagiere (+ 3,5 Prozent) abgefertigt worden. Spitzentag war mit einem neuen Passagierrekord der 9. Oktober: 64 157 Fluggäste. Die durchschnittliche Zahl liegt bei 37 000 Reisenden pro Tag. 73 Prozent hatten innereuropäische Ziele. Gut die Hälfte aller Passagiere (6,8 Millionen oder 1 Prozent weniger) reisten zum Flughafen mit der Bahn an bzw. benützten sie nach ihrer Ankunft. Die Zahl der Starts und Landungen nahm um 0,4 Prozent auf 233 880 zu, diejenige umgeschlagener Fracht um 9,1 Prozent auf 377 000 Tonnen.
7. Regierungsrat Leuenberger muss bzw. darf die Entschädigungen aus seinem Nationalratsmandat nicht an die Staatskasse abliefern. – Ebendies hat eine Einzelinitiative verlangt, welcher der Kantonsrat mit 43 statt der nötigen 60 Stimmen die vorläufige Unterstützung versagt. Der Betroffene anerkennend bot sich freiwillig, diese Entschädigungen dem Kanton abzuliefern. Der Gesamtregierungsrat beschloss aber, dies nicht anzunehmen. Auch in der Vergangenheit seien Regierungsmitglieder auch eidgenössische Parlamentarier gewesen.
8. Bei einem bewaffneten Raubüberfall auf die Zürcher Sihlpost machen Diebe eine Millionenbeute. Die Täter bedrohen die Postbeamten, die mit einem Elektrofahrzeug zu den Bahngleisen unterwegs sind und nehmen ihnen 19 Wertsäcke ab. Anschliessend flüchtete die Bande mit zwei gestohlenen Autos. Man befürchtet, dass Insiderwissen mit im Spiel war. – Die Sihlpost ist in den letzten Jahren schon mehrmals beraubt worden.
14. Der Kantonsrat gibt nach 20 Jahren Planung mit 102 Stimmen einstimmig den Startschuss zum ersten, 3,8 Kilometer langen, Abschnitt eines umfangreichen Radwegprojektes von Zürich nach Sihlbrugg. Die Kosten hierfür sind auf 3,8 Millionen Franken veranschlagt. Bis das Gesamtwerk fertig ist, dürften noch Jahre verstreichen, kam es doch bereits bei der jetzt beschlossenen Strecke in Adliswil zu heftigen lokalpolitischen Kontroversen und vielen Einwendungen.
14. Das Bezirksgericht Zürich weist eine Klage von drei zum Verein für Psychologische Menschenkenntnis (VPM) gehörenden Lehrerinnen gegen die «Neue Zürcher Zeitung» wegen Persönlichkeitsverletzung ab. Die Zeitung erwähnte in einem Artikel, die VPM-Lehrkräfte betrieben an der Kaufmännischen Berufsschule (KV) in Zürich

agitatorische Gruppenbildung, stifteten gezielt Unruhe und übten Psychoterror aus. Auslöser waren die Auseinandersetzungen über eine Veranstaltung zur Drogenaufklärung am KV. Die Lehrkräfte wandten sich nach dieser Veranstaltung unter Missachtung des Dienstweges brieflich an sämtliche Lehrkräfte und behaupteten, die Hälfte aller KV-Lehrlinge konsumierten Drogen und die Situation an der Schule sei alarmierend.

15. Die Abbrucharbeiten auf dem ehemals besetzten Zürcher Wohlgroth-Areal schie-  
nen beinahe beendet. – Nun machen der Bauherrschaft Altlasten zu schaffen: In der  
Gaszählerfabrik, die dort von 1878 bis 1989 in Betrieb war, wurde unter anderem  
mit Lacken, Schmieröl und Zinn hantiert. Beim Aufbrechen der Böden kommen  
Chemikalien und Schwermetalle zum Vorschein, was nun teure Entsorgungen nö-  
tig macht.
16. Die Kantons- und die Stadtpolizei Zürich veröffentlichen die Kriminalstatistik für  
1993: Sie hält fest, dass seit ihrem erstmaligen Erscheinen im Jahre 1980 mit 15 554  
noch nie so wenige Einbrüche im Kantonsgebiet verübt worden seien wie im Be-  
richtsjahr (Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Zürich 8,8 Prozent und im übrigen  
Kantonsgebiet 7,3 Prozent). Der geschätzte Deliktsbetrag beläuft sich auf 34,7 Mil-  
lionen, der dabei entstandene Sachschaden auf 8,9 Millionen Franken. Der anhand  
aufgeklärter Einbrüche ermittelte Ausländeranteil stabilisierte sich. Er betrug 1989  
24,5 Prozent, stieg bis 1992 auf 36 Prozent und liegt nun bei 35,5 Prozent. Massiv  
zugenommen haben 1993 hingegen die Entreissdiebstähle. Nachdem sie seit 1990  
auf zuletzt noch 737 zurückgegangen waren, erreichten sie nun mit 968 Fällen  
einen neuen Höchststand. 80 Prozent dieser Diebstähle wurden in Zürich began-  
gen.
19. Gesundheitsdirektor Buschor gibt bekannt, er wolle in den Spitälern des Kantons  
1000 bis 1500 Akutbetten abbauen und die Kosten um 15 bis 25 Prozent senken.  
Ziel sei, dass die öffentlichen Gesundheitsausgaben nicht schneller wüchsen als das  
Volkseinkommen. Im Kanton gibt es derzeit 6000 Spitalbetten, von denen rund  
5000 Akutbetten sind. Bei Gesundheitskosten von 1,7 Milliarden betrügen dabei  
die Einsparungen 255 bis 425 Millionen Franken jährlich. Die sogenannte schlanke  
Produktion soll erreicht werden, indem Konzernstrukturen, Lean Management  
und Wettbewerb zusammen mit Fallpauschalen die Behandlungen kürzer machen  
und so zu Kostensenkungen führen.
20. Mit 173 619 Ja zu 155 281 Nein stimmen die Stimmberechtigten des Kantons Zürich  
der Formularpflicht beim Abschluss von Mietverträgen zu. Damit sollen Mieter vor  
ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen beim Mieterwechsel geschützt werden.  
Mit 199 632 Nein zu 99 105 Ja abgelehnt wird eine Einzelinitiative des Zürcher  
Stadtpräsidenten, welche die Abschöpfung von Planungsmehrwerten verlangte.  
Diese fallen für Grundeigentümer manchmal erheblich an, wenn Gemeinden Bau-  
land ein- oder aufzonen. Mit 278 819 Ja zu 34 385 Nein unbestritten bleibt ein neues  
Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenver-

sicherung und die Invalidenversicherung. Die Stimmbeteiligung beträgt 44 Prozent. – In Schlieren schickt das Volk eine 17,5 Millionen Franken teure Schulanlage bachab, und in Rüti wird es abgelehnt, eine Gemeindepolizei zu schaffen. In Wil wird der Gemeindepräsident nach 16 Jahren abgewählt, ebenso der reformierte Pfarrer in Berg am Irchel und ein Primarlehrer in Wildberg. Bestätigt werden hingegen ebenfalls mit Urnenwahlen angefochtene Theologen in Zürich Aussersihl und in Oberglatt.

20. An den Olympischen Spielen im norwegischen Lillehammer erringen *Gustav Weder* und *Donat Acklin* vom Bobclub Zürichsee im Zweierbob die Gold- und ihre Klubkameraden *Reto Götschi* und *Guido Acklin* die Silbermedaille. Der 1976 gegründete erfolgreiche Klub gewann an Welt-, Europa- und Schweizermeisterschaften sowie an Olympiaden nicht weniger als 113 Medaillen: 48 Gold-, 31 Silber- und 34 Bronzeauszeichnungen.
21. Bundesrat Koller erscheint heute zu seinem angekündigten Besuch im Stadtzürcher Kreis 5, um sich dort über rechtliche und polizeiliche Probleme rund um die Drogenszene ein Bild zu machen. Zudem trifft er sich mit Delegationen von Stadt- und Kantonsregierung. – Der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements verspricht sich von härteren Massnahmen gegen Ausländer und neuen Gefängnis- und Haftplätzen eine erhebliche Entspannung der Lage. Es sei ihm bewusst geworden, dass Zürich tatsächlich ein nationales Problem auszutragen habe.
23. Der Kanton Zürich soll ein umfassendes Naturschutzkonzept erhalten. Ein entsprechender Entwurf schreckt Landwirte auf und veranlasst sie, sich mit einer kantonsrätlichen Anfrage zweier ihrer Vertreter nach Modalitäten zu erkundigen; so etwa, wieso die Land- und Forstwirtschaft bei der Erarbeitung nicht vertreten gewesen und weshalb der Entwurf ohne rechtliche Grundlage schon in den kantonalen Richtplan übertragen worden sei. Der Regierungsrat rechtfertigt sich nun, zuerst seien die Ansprüche der Natur und nicht diejenigen von Interessengruppen aufzuzeigen gewesen. Interessenkonflikte könnten nun im Vernehmlassungsverfahren diskutiert und bereinigt werden. Der Regierungsrat verdeutlicht im weiteren, dass ein sinnvolles Naturschutzkonzept gar nicht erst hätte entstehen können, wenn die Schere der Partikularinteressen schon beim Entwurf angesetzt worden wäre.
24. Studien des Statistischen Amtes der Stadt Zürich, basierend auf der eidgenössischen Volkszählung von 1990, ergeben, dass gut die Hälfte aller Haushalte von nur einer Person bewohnt wird. Lebten 1880 noch 4,66 Personen in einem Haushalt, so waren es 1960 noch 2,9 und 1990 1,92. – Im weiteren hat sich ergeben, dass mittlerweile jedes achte der 6618 Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil in einem von 4879 Haushalten zusammenlebt. 90 Prozent leben bei der Mutter.
24. An der Winterolympiade in Lillehammer in Norwegen gewinnt der aus Affoltern am Albis stammende und nun in Mettmenstetten wohnhafte *Sonny Schönbacher* eine Goldmedaille in Skiakrobatik.

25. Auf der Fahrt von Winterthur nach Flaach überfallen erstmals in der Schweiz zwei Unbekannte ein Postauto: In Wildwestmanier bedroht plötzlich ein mittlerweile maskierter Fahrgast den Chauffeur mit einer Pistole und zwingt ihn anzuhalten, um einen Komplizen einsteigen zu lassen. Nach einer Schreckensfahrt durch Winterthurer Quartierstrassen, laden die beiden Räuber auf einem Parkplatz mehrere Postsäcke in ein Personenauto um und flüchten. – Der Wert der Beute wird aus Furcht vor Nachahmern nicht bekanntgegeben; es handle sich – so die PTT – »nicht um einen Millionenbetrag, jedoch auch nicht um einen Pappenstiel«.
26. In Zürich stirbt im Alter von 82 Jahren Rechtsanwalt *Fritz Heeb*. Der Verstorbene galt als bedeutende Persönlichkeit der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie der letzten sechs Jahrzehnte. Von 1967 bis 1975 gehörte er dem Kantonsrat an. Von 1974 bis 1981 war Heeb Kassationsrichter. 1944 hatte er – zusammen mit anderen ausgeschlossenen Sozialdemokraten und Kommunisten – die Partei der Arbeit gegründet; aus dieser trat er 1956 aus, wie viele andere. Nach vierjähriger «Quarantäne» wurde er dann wieder in die Sozialdemokratische Partei aufgenommen. Als Strafrechtler wurde er in den siebziger Jahren weitherum bekannt, als er die Interessen des sowjetischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn vertrat.

### März 1994

2. An der 19. Internationalen Zürcher Kunst- und Antiquitätenmesse «Antic 94», an der 60 Aussteller (14 weniger als im Vorjahr) ihre Kostbarkeiten präsentieren, wird erstmals ein «Tag der Frau» ausgerufen. Die Organisatoren verstehen darunter Vorträge zu ausgewählten Bereichen bürgerlicher Frauenkultur vergangener Jahrhunderte.
3. Das Stadtzürcher Gemeindepapament verabschiedet die siebzigjährige *Stadträtin Emilie Lieberherr*, Vorsteherin des Sozialamts nach 24jähriger Tätigkeit. Sie ist die erste, seinerzeit als Sozialdemokratin, in den Stadtrat gewählte Frau. Von 1978 bis 1983 gehörte sie als erste Frau des Standes Zürich dem Ständerat an.
4. Rund vier Monate nach der Räumung des besetzten Zürcher Wohlgroth-Areals bahnt sich ein Rechtsstreit zwischen der Stadt Zürich und dem Hauseigentümer an. Die Besetzer hatten Wasser und Strom für rund 200'000 Franken abgezapft; das will die Stadt nun dem Hausbesitzer verrechnen. Der in Oerlikon ansässige Weltkonzern wehrt sich dagegen mit dem Argument, statt das Areal zu räumen, habe die Stadt toleriert, dass die Besetzer die Leitungen überbrückt hätten.
5. 1951 wurden in Stadtzürcher Landwirtschafts- und Gartenbaubetrieben noch 44 529 Obstbäume gezählt. 40 Jahre später waren 93 Prozent davon verschwunden. Die verbliebenen 3169 Bäume will die Stadt nun möglichst erhalten, wie der Antwort des Stadtrates auf eine gemeinderätliche Anfrage zu entnehmen ist.

6. Zürcher Stadtratswahlen: Sieben der acht amtierenden Stadträte, worunter auch der umstrittene Finanzvorstand Küng von der Christlichsozialen Partei, werden wiedergewählt. Tiefbauvorstand Aeschbacher von der Evangelischen Volkspartei, dessen Verkehrspolitik selbst im Ausland Anerkennung fand, ihm aber hierzulande viel Opposition eintrug, verpasst die Wahl und landet noch hinter der Sozialdemokratin Hubmann auf dem elften Platz. Mit Kathrin Martelli von der Freisinnig-Demokratischen (FDP) und Monika Stocker als erster Vertreterin der Grünen Partei, setzt sich der Stadtrat erstmals aus drei Frauen zusammen. Nicht gewählt wird der für die bürgerlichen Parteien auch als Stadtpräsident kandidierende und zu diesem Zweck eigens aus Adliswil zugezogene Andreas Müller (FDP).
  
8. Heute vor 100 Jahren erhielten die Rösslitrans in Zürich Konkurrenz: Erstmals zirkulierte eine elektrische Strassenbahn. Im Jahre 1900 wurde dann das letzte Rösslitrans aufgehoben.
  
8. Ein Güterzug mit 20 Zisternenwagen entgleist am Morgen im Bahnhof Zürich Affoltern. Fünf der Wagen mit je 75 000 Litern Benzin brennen explosionsartig aus. Das Feuer greift sofort auf drei Wohnhäuser über, die vollständig zerstört werden. 23 Bewohner können sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, verlieren aber all ihr Hab und Gut. Drei Personen werden durch Explosionen in der Kanalisation teilweise schwer verletzt. 120 Anwohner werden vorübergehend evakuiert. Das Areal sieht aus wie nach einem Bombenabwurf. In der weiteren Umgebung besteht den ganzen Tag über Explosionsgefahr. Es wird daher Katastrophenalarm ausgelöst, worauf Hunderte von Helfern erscheinen. Diese müssen sogar entlaufene und verängstigte Tiere wieder einfangen. Im Katzenbach verenden alle Lebewesen. Der Sachschaden beläuft sich auf Dutzende von Millionen Franken. Als Ursache ermittelt wird später ein Materialermüdungsbruch an einem Radlager, das der betroffene Eisenbahnwagen bereits 5 Kilometer vor der Unfallstelle verlor. Die Katastrophe sollte auch zu einem Rechtsstreit zwischen der Stadt Zürich und den Bundesbahnen über die Haftpflicht führen.
  
10. Das Schweizerische Landesmuseum wartet gegenwärtig mit einer vielbeachteten Ausstellung auf: Unter dem Titel «Himmel, Hölle und Fegefeuer» kann man auf rund 800 Quadratmetern mittelalterliche Visionen des Jenseits nachvollziehen. Mit der Schau darüber bestätigt das Landesmuseum sein Anliegen, nicht nur Bewahrungsstätte von Kulturgütern zu sein. Die Objekte versuchen in eigens geschaffenen Raumkulissen und dank ausgeklügelter Lichtregie jene suggestive Wirkung und ideelle Bedeutung zu entfalten, die sie wohl für die Gläubigen besaßen. Vermittelt wird Wissenswertes über den Totenkult, der Sterben und Tod nicht als Endstation, sondern allgemein als Übergang in eine andere Welt verstand. Dem Vorrat an guten Werken, sogenanntem Seelgerät, kam für die Reise ins Jenseits grosse Bedeutung zu. Der Tatsache, dass aufgrund kirchlicher Lehre Wohltätigkeit nicht ausschliesslich auf soziale Werke beschränkt blieb, verdanken wir die Entstehung reicher Kunstschatze, vom Messkelch mit Initialen des Donators bis zum erbaulichen Stundenbuch.

12. In Zürich demonstrieren mit einem Marsch zum chinesischen Generalkonsulat zwischen 100 und 150 oft traditionell gekleidete Exiltibeterinnen gegen frauenspezifische Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat. Die Volksrepublik China sei daran, in Tibet durch zwangsweise Sterilisationen und Abtreibungen einen Genozid zu betreiben. Geflüchtete Frauen berichteten über Abtreibungen bis zum siebten Monat und die Tötung von Neugeborenen. Die Polizei stoppt den Zug in Kampfmontur und mit Absperrgittern schon weit vor dem völlig verrammelten Konsulat. – Die Veranstaltung erinnert an den 12. März 1959, als sich in Lhasa Tausende von Tibeterinnen gewaltlos gegen die chinesische Fremdherrschaft wehrten. Viele von ihnen wurden später hingerichtet. Seit dem chinesischen Einmarsch 1950 sind rund 1,2 Millionen Tibeter umgekommen und 150 000 ins Exil vertrieben worden. Rund 2500 von ihnen leben in der Schweiz, die damit die grösste tibetische Gemeinschaft hat.
  
12. In Meilen nimmt sich die an Krebs erkrankte populäre und erfolgreiche Roman-  
schriftstellerin *Sandra Paretti* 59jährig das Leben. Sie debütierte 1967 mit einem Napoleon-Roman.
  
13. In Schlieren wird mit der Freisinnig-Demokratin *Rita Geistlich* im Kanton Zürich erstmals eine Stadtpräsidentin gewählt. Sie erringt fast doppelt so viele Stimmen wie ihr Gegenkandidat von der Christlichdemokratischen Volkspartei. Dieser hatte im ersten Wahlgang als einziger Kandidat das absolute Mehr verfehlt, worauf sich die nun Gewählte zur Kandidatur entschloss.
  
14. Lediglich der Kanton Zürich kennt Einzelinitiativen, die jeder im Kanton wohnhafte Stimmberechtigte oder eine Gemeindebehörde an den Kantonsrat richten kann. Unterstützen hierauf 60 der 180 Ratsmitglieder den Vorstoss, wird er weiterbearbeitet. Zwei Einzelinitiativen wollen nun die Quoren ändern. Mit 93 zu 58 Stimmen nimmt das Parlament jedoch einen Gegenvorschlag an. Künftig gilt eine Einzelinitiative als unterstützt, wenn sie die Ratsmehrheit erreicht. Die zuvor geführte Debatte ist von gegensätzlichen Positionen geprägt. Die Bürgerlichen erhoffen sich von einer verschärften Regelung eine Verwesentlichung der Volksrechte, Linke, Grüne und Vertreter von Kleinparteien befürchten einen Abbau.
  
15. Die Eidgenössische Technische Hochschule auf dem Hönggerberg in Zürich darf baulich erweitert werden. Das Bundesgericht weist die urheberrechtliche Klage des Architekten der ersten Bauetappe ab. Der Kläger brachte erfolglos vor, das jetzige Projekt (anderer Architekten) entstelle das von ihm realisierte Konzept seiner Bauten.
  
16. Auf einem Spaziergang stirbt in Zürich überraschend *Hans Conrad Peyer* im 72. Altersjahr. Als Staatsarchivar wurde er 1969 zum ordentlichen Professor für Allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts und Schweizergeschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit an der Universität

Zürich gewählt. Für die Zürcher Landesgeschichte ist sein Werk «von Handel und Bank im alten Zürich» von Bedeutung.

17. Heute läuft die Einsprachefrist gegen den neuen kantonalen Richtplan ab. Die Behörden müssen sich auf umfangreiche Kritik gefasst machen. So protestiert der Zürcher Stadtrat gegen die «grossflächige Ausscheidung von kantonalem Zentrumsgebiet» mitten in der Stadt. Die Zürcher Exekutive befürchtet, dass dadurch die neue Bau- und Zonenordnung in wesentlichen Punkten abgeändert wird. Der Richtplan bestimmt in Grundzügen, wie sich das Kantonsgebiet räumlich entwickeln soll. Er enthält die behördenverbindlichen Zielsetzungen, nach denen die Gemeinden ihre Bauzonen zu bestimmen sowie die Bau- und Nutzungsvorschriften festzulegen haben. In Zentrumsgebieten sind Wohn-, Arbeits- oder gemischte Nutzungen mit hoher Dichte vorgesehen. Die hohen Ausnutzungsziffern widersprechen nun aber teilweise der neuen städtischen Bau- und Zonenordnung. Diese will Industriezonen beibehalten und so eine gezielte städtebauliche Öffnung dieser Entwicklung anstreben. Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Kanton bestehen auch bei Freihaltezonen, welche die Stadt als Erholungs- und Grünflächen ausgeschieden hat, vom Kanton nun aber als Siedlungsgebiete klassiert werden.
18. Auf dem Flugplatz Dübendorf landeten vor 50 Jahren 12 amerikanische Kriegsflugzeuge, so viele wie nie zuvor. Jagdflieger der Schweizer Armee stiegen an jenem Samstagnachmittag auf, um die in den Schweizer Luftraum eingedrungenen «fliegenden Festungen» und «Liberators» zur Landung zu zwingen. Die Bomber gehörten zu einem Verband von 738 Maschinen, welche am Morgen in England gestartet waren, um Ziele in Deutschland anzugreifen. – Hunderte verfolgten die Landungen, während denen mehrere Personen schwer verletzt wurden. Für zwei Schüler endeten die Ereignisse mit dem Tod. Am folgenden Tag «pilgerten» Zehntausende nach Dübendorf, um die teilweise havarierten Flugzeuge zu bestaunen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in der Schweiz insgesamt 76 amerikanische Flugzeuge zurückbehalten.
19. Aus Protest gegen die Arbeitsbedingungen kündigt der Notar in Männedorf medienwirksam seine Stelle und tritt in die Privatwirtschaft über. Grund hiezu sei «die Dauerbelastung, die trotz zeitweiliger Sechs- oder gar Siebentageweche nicht kleiner wurde, die fehlende Aussicht, dass sich absehbar etwas ändere und die seit Jahren ungelöste Stellvertreterfrage».
19. Mit Bewilligung demonstrieren in Zürich 500 Kurden gegen die Türkei. Farbenfroh fordern sie an ihrem Neujahrsfest mit Spruchbändern den «Rückzug der türkischen Armee aus Kurdistan» und die «Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes».
20. In Rüti wählen die Stimmberechtigten nach einer überaus lauten Abstimmungsschlacht zwei umstrittene, dem Verein für Psychologische Menschenkenntnis

(VPM) angehörende Lehrerinnen mit einem Verhältnis von 1 zu 7 ab. Es handelt sich um die erste Abwahl von VPM-Lehrkräften im Kanton Zürich.

21. Die Arbeiterschaft einer Spinnerei in Kollbrunn empfindet das Gehabe ihres Patrons als Lohndrückerei, was man nicht mehr akzeptieren wolle. Sie tritt deshalb beim Morgengrauen in einen 90minütigen Warnstreik. Sie will so den Textilunternehmer aus dem Kanton Thurgau zu Verhandlungen zwingen. Der Fabrikant erwog unter anderem, den meisten seiner Arbeitnehmer zu kündigen und sie hernach zu tieferen Löhnen wieder einzustellen. Die Streikenden kritisieren im weiteren, dass die wöchentliche Arbeitszeit ohne Lohnanpassung von 41 auf 44 Stunden erhöht worden sei. Schliesslich wolle man «endlich» einen Gesamtarbeitsvertrag.
21. Der Kantonsrat lehnt mit 89 zu 60 Stimmen eine Motion ab, den steuerlichen Abzug von Schmiergeldern zu unterbinden; «Schmierer» sei eine Frage des Steuerrechts, nicht der Moral, bemerkt hiezu ein Ratsmitglied. Schmiergelder seien bei vielen internationalen Geschäften unerlässlich, um an Aufträge heranzukommen. Solche Zahlungen sollten deshalb bei den Steuern weiterhin als Gewinnungskosten abgezogen werden dürfen. Mit einer zürcherischen Motion könne eine weltweite Praxis nicht geändert werden, manbürde der Exportwirtschaft höchstens zusätzliche Hypotheken auf. – Finanzdirektor Honegger lehnt Bestechungsgelder «mit aller Energie» ab. Schmiergelder zu zahlen sei zwar «nicht besonders tugendvoll», steuerrechtlich aber korrekt. Der Kanton halte sich an die Weisungen des Bundes. Ein Vorteil sei, dass bei einem Abzug «in aller Regel» der Empfänger bekannt sein müsse, wodurch dieser zur Kasse gebeten werden könne. Ohne Abzug bleibe der Empfänger unbekannt. Schmiergelder würden nicht bezahlt, um Steuern zu sparen, sondern um Geschäfte abzuschliessen.
22. Der Besitzer einer Spinnerei in Kollbrunn, in der vor zwei Tagen ein Warnstreik ausbrach, ist darob erbost und kündigt den meisten der rund 80 Angestellten. Zugleich beschliesst er, den Betrieb, in den er 1990 noch etwa 50 Millionen Franken investiert hatte, in den kommenden Monaten aufzugeben. Dies wiederum veranlasst die Betroffenen, ab sofort in einen unbefristeten Proteststreik zu treten.
23. Marcel Bertschi, Erster Staatsanwalt des Kantons Zürich, stellt als Vorsitzender einer nach dem aufsehenerregenden Frauenmord im Zollikerberg vom vergangenen Herbst eingesetzten und von einigen Kreisen punkto Unabhängigkeit bezweifelten Untersuchungskommission die Ergebnisse vor: Gemeingefährliche Gefangene sollten künftig härter angepackt werden als andere Straftäter. Für jene sei ein «schärferes Haft- und Urlaubsregime» am Platze. Der zur Kommission Anlass gegebene Fall sei kein Einzelfall gewesen. Sie habe insgesamt 33 Fälle aus den letzten zehn Jahren untersucht, in denen Verurteilte im Urlaub, im offenen Strafvollzug oder während der bedingten Entlassung schwerste Delikte begingen – infolge der immer gleichen Fehler im Vollzug. Zu diesen gehörten, dass Triebtäter den Regeln für lebenslänglich Inhaftierte gleichgesetzt würden. Im weiteren gebe es Informationsprobleme, seien doch beim konkreten Fall Staatsanwalt und Gericht davon ausge-

gangen, der Täter werde frühestens nach 15 Jahren den ersten Schritt in die Freiheit machen. Das Vollzugspersonal denke bei der Ausgestaltung von Urlauben primär an die Resozialisierung statt an die öffentliche Sicherheit. Eine aus verschiedenen Kreisen zusammengesetzte Kommission solle künftig die Urlaubspraxis der Vollzugsanstalten überwachen. – Der im letzten halben Jahr ebenfalls attackierte Justizdirektor zeigt sich an dieser Pressekonferenz mit den Vorschlägen einverstanden.

24. In Hettlingen hat die erste Wind- / Solaranlage der Schweiz mit Netzeinspeisung den Betrieb aufgenommen. Die Anlage kann den Elektrizitätswerken auf zweierlei Arten Strom liefern: im Sommer vor allem durch Solarzellen und im Winter sowie nachts durch ein hochtechnisiertes Windrad. Von seinem Propeller werden 1200 und von den Solarzellen 1800 Kilowattstunden jährlich erwartet. Das würde ausreichen, um ein mittleres Einfamilienhaus (ohne Warmwasser) zu versorgen.
26. Aus Sicherheitsgründen wird das Landesmuseum mit Ausnahme der gegenwärtig laufenden Ausstellung geschlossen. Messungen haben ergeben, dass die Konstruktion des Hauptgebäudes an einzelnen Stellen zuwenig stabil ist. Eine akute Einsturzgefahr bestehe deswegen nicht. Bis zum kommenden Sommer sollen die gefährdeten Gebäudeteile mit Notstützen provisorisch so weit saniert werden, dass Besucher sie wieder betreten dürfen.
28. Kantonsrat und Stadtpräsident Notter aus Dietikon wollte Gesetze und Vorlagen nur noch dann dem Volk vorlegen lassen, wenn sie auf Opposition stiessen. Seine Parlamentarische Initiative scheitert jedoch am Quorum. Die Meinungen teilen sich an der Frage, ob 60, 30 oder 45 Stimmen zur Ansetzung einer Abstimmung nötig sein sollten. Auf Antrag der vorberatenden Kommission hatte sich der Rat im letzten Januar knapp auf 45 Stimmen geeinigt. Nach zwei Eventualabstimmungen beschliesst das Parlament jedoch mit 79 zu 69 Stimmen, die Vorlage überhaupt abzulehnen. Die Verhältnisse bleiben damit, wie sie sind. Bürgerliche Votanten hatten erklärt, sie wollten keine Sperrminoritäten. Mit 45 oder 30 Stimmen hätten Minderheiten die Chance gehabt, Mehrheitsentscheide umzustossen. Linke und Grüne bezichtigten dagegen die Bürgerlichen, sie wollten mit einem hohen Quorum für das Behördenreferendum die Volksrechte nicht verwesentlichen, sondern einschränken.
29. Hundert Taxifahrer führen mit ihren Autos in Zürich einen Trauerkonvoi zum Gedenken an einen vor wenigen Tagen ausgeraubten und ermordeten Berufskollegen durch. An Radio- und Funkantennen hängen schwarze Trauerflore. Zum Abschluss versammeln sich die Chauffeure und Chauffeusen zu einer kurzen Gedenkrede und einer Schweigeminute.
30. Der Konflikt um die Baumwollspinnerei in Kollbrunn erreicht eine weitere Eskalationsstufe. Der Besitzer liess im Morgengrauen in aller Eile sein Areal einzäunen und sperrt nun die Belegschaft aus. Unter Androhung von Strafklagen wegen Hausfriedensbruchs wird ihr der Zutritt verboten. In der Nachkriegszeit ist dies in

der Schweiz das erste Mal, dass ein Unternehmer zu diesem Mittel greift. Dieser lehnt daneben eine Aussprache mit der Volkswirtschaftsdirektorin ab. Die Auseinandersetzungen werden nun auch gerichtlich ausgetragen, weil den Streikenden die Löhne für den laufenden Monat um 40 Prozent gekürzt werden.

31. Der Zürcher Fischerei- und Jagdverwalter gibt eine Stellungnahme bezüglich Wildschweinen ab. Im letzten Jahrzehnt seien die Bestände im Kanton Zürich zusammengebrochen. Mit 120 bis 150 Tieren sei nun wieder ein Stand wie in den siebziger Jahren erreicht. Der Zuwachs beruhe unter anderem aus Zuwanderungen aus Deutschland. Der Rhein bilde kein Hindernis; Wildschweine schwämmen hervorragend. Die Wild- und Frassschäden seien gelegentlich massiv. Blosser Bejagung, nebenbei noch schwierig zu bewerkstelligen, werde keine Lösung sein; beim Wildschwein handle es sich nicht um eine «Sau», sondern um ein sozial hochentwickeltes Tier. – Wir müssten lernen, mit ihm zu leben!

